

Fachtagung

„Lernen gemeinsam zu leben -
Jugendhilfe und Schule in Kooperation“
15. Mai 2007



DOKUMENTATION

eine Kooperation zwischen:



Impressum

Herausgeber:

Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.

Anhaltstraße 14

39104 Magdeburg

Telefon: 0391 / 53 53 94 80

Fax: 0391 / 59 79 538

Internet: www.kjr-lsa.de

Redaktion:

KJR, Romy Bedau

Die Fachtagung wurde in Kooperation mit dem Ministerium für Gesundheit und Soziales und dem Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführt und gefördert aus Mitteln des Ministeriums für Gesundheit und Soziales.

Die Verantwortung für den Inhalt tragen die einzelnen AutorInnen sowie der Herausgeber.

**Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.
widmet diese Dokumentation
seiner langjährigen Geschäftsführerin,
Dorle Regenstein.**



Svanhild-Dorothee Regenstein

* 28.10.1958

† 26.10.2007

Für

Dorle Regenstein,

die sich mit allen Sinnen,
die sich mit „Kopf, Herz und Hand“ für Kinder und Jugendliche,
für die Verbesserung ihrer Erlebnis-, Erfahrungs- und
Erkenntnismöglichkeiten engagierte: in Pädagogik und Politik!

Im Geiste und im Anspruch ihrer fröhlichen Ernsthaftigkeit
versuchen wir, die durch sie geprägte Arbeit fortzusetzen.

Otto Herz

Inhaltsverzeichnis

1. Begrüßung	5
2. Interview „Wirklichkeit und Wunsch – Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule“	7
<i>Bilderbogen</i>	16
3. Stolpersteine überwinden – Kooperation verwirklichen! (Otto Herz)	17
<i>„33 Personal Qualities needed for Development of a child“</i>	27
4. Chancen und Grenzen von Kooperationen zwischen Jugendhilfe und Schule (Prof. Olk)	29
<i>Einleitung</i>	29
<i>Das Bildungsverständnis der Jugendhilfe</i>	31
<i>Meilensteine für eine Weiterentwicklung der Kooperation von Schule & Jugendhilfe</i>	34
Klärung des eigenen Auftrages	34
Schule und Schulentwicklung als Bestandteile sozialräumlicher Infrastruktur	36
Grundständige Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildung	37
Verzahnung der örtlichen Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung	38
Kooperation von Jugendhilfe und Schule als kommunalpolitische Verantwortlichkeit	39
Kooperation als Gegenstand überörtlicher Planungs- und Entwicklungsprozesse	40
5. Kooperationserfahrungen in Sachsen-Anhalt aus Sicht der Schule und Jugendhilfe	42
6. Workshops	45
<i>Workshop 1a: Der Kooperationspartner Jugendhilfe stellt sich vor! (Dr. Karsten Speck)</i>	45
<i>Bilderbogen</i>	49
<i>Workshop 1b: Der Kooperationspartner Jugendhilfe stellt sich vor! (Prof. Olk)</i>	50
<i>Bilderbogen</i>	52
<i>Workshop: 2 Die Ganztagschule als Partner für Kooperationen! (Silvia Ruge)</i>	52
<i>Bilderbogen</i>	57
<i>Workshop: 3 Umsetzung von Kooperationen unter Nutzung von vorhandenen Ressourcen und Strukturen! (Ilona Oesterhaus)</i>	58
<i>Bilderbogen</i>	59
<i>Workshop: 4 Kooperationsprojekte erfolgreich gestalten! (Lysan Escher)</i>	59
<i>Bilderbogen</i>	63
7. Abschlusstalk	64
<i>Bilderbogen</i>	64

1. Begrüßung



Rolf Hanselmann
Vorstandsvorsitzender des Kinder- und
Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe KollegInnen,

gut ein Jahr nach Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung von Jugendhilfe und Schule in Sachsen-Anhalt zwischen dem Kultusministerium, dem Ministerium für Gesundheit und Soziales und dem Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt, in dessen Namen ich Sie hier heute recht herzlich begrüßen möchte, sind uns Zeit und Anlass genug für eine erste Reflexion.

Wir möchten heute eine Bestandsaufnahme vornehmen. Wir möchten, bezogen auf die Kooperationsvereinbarung, auf Erreichtes zurückblicken und uns für die gute Zusammenarbeit in der zurückliegenden Zeit bei unseren Kooperationspartnern bedanken.

Für das Ministerium für Gesundheit und Soziales ist Herr Dr. Reinhard Schunke anwesend – ich begrüße Sie recht herzlich. Für das Kultusministerium stellvertretend anwesend ist Herr Horst Geier – herzlich willkommen!

Wir werden über praktische Kooperationserfahrungen in Sachsen-Anhalt aus der Sichtweise von Jugendhilfe und Schule berichten, welche durchaus unterschiedlich sein können und auch sollen. Hierzu begrüße ich recht herzlich als Referenten Andreas Hahn von der Hochschule Magdeburg/Stendal.

Der Pädagoge und Psychologe und Vorsitzende des Vereins zur Förderung von community education in Deutschland – Herr Otto Herz – wird uns mitnehmen auf einen Weg voller Stolpersteine, zu denen es bis es zur gelingenden Kooperation irgendwann einmal kommt, und zwar auf seine, wie ich vermute, durchaus provokante Weise. Herzlich willkommen Herr Herz!

Herr Prof. Dr. Olk von der Universität Halle/Wittenberg wird darüber referieren, welche Chancen aber auch welche Grenzen von Jugendhilfe und Schule in Kooperation es gibt. Prof. Dr. Olk war bereits im ersten Kooperationsprojekt von Jugendhilfe und Schule in Sachsen-Anhalt dabei. Herzlich willkommen Herr Prof. Dr. Olk!

Nach der Mittagspause im zweiten Teil möchten wir Sie in die Workshops mitnehmen und hierbei mit Ihnen in einen praktischen Erfahrungsaustausch treten. In einen Erfahrungsaustausch, den Sie in der zurückliegenden Zeit teilweise schon gemacht haben bzw. noch machen möchten – im Kontext der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule. Die Ergebnisse werden in einer abschließenden Talkrunde von Marga Wiese und Maren Franke vom Kultusministerium zusammengefasst, worüber wir uns freuen und uns schon im Vorfeld für ihre Mitarbeit recht herzlich bedanken.

„Lernen gemeinsam zu leben –
Jugendhilfe und Schule in Kooperation“
15. Mai 2007

Bedanken möchten wir uns auch bei allen KollegInnen, die ich wahrscheinlich nicht mehr nennen werde, weil das den zeitlichen Rahmen sprengen würde. Aber die vielen, vielen Helferinnen und Helfer, die uns bisher auf diesem Weg begleitet haben und die uns perspektivisch noch begleiten werden - seien Sie herzlich willkommen und vielen Dank für Ihre bisherige Unterstützung!

Ich wünsche uns nun allen einen interessanten, abwechslungsreichen und streitbaren Fachtag „Lernen gemeinsam zu leben – Jugendhilfe und Schule in Kooperation“. Vielen Dank.

Zunächst freuen wir uns erstmal auf das jetzt folgende Interview, moderiert von Frau Anette Schneider-Solis. Frau Schneider-Solis ist freie Journalistin und unter anderem auch für den MDR tätig. Herzlichen Dank.

2. Interview „Wirklichkeit und Wunsch – Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule“

Anette Schneider-Solis (Journalistin), Horst Geier (Kultusministerium), Rolf Hanselmann (Vorstandsvorsitzender des KJR LSA), Dr. Reinhard Schunke (Ministerium für Gesundheit und Soziales) (v.l.n.r.)



Anette Schneider-Solis: Ich bitte meine Gesprächspartner, nach vorne zu kommen. Ich stelle Sie Ihnen vor: Herrn Rolf Hanselmann als Vorstandsvorsitzenden des Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Reinhard Schunke vom Sozialministerium und Herrn Horst Geier vom Kultusministerium.

Es ist ein gutes Jahr her, im Februar 2006 war es, da haben drei Vertreter von höchster Ebene die Vereinbarung zur Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Schule unterzeichnet, der Kultusminister, der damalige Sozialminister und der Vorstandsvorsitzende des Kinder- und Jugendringes. Es gibt sicherlich schon Projekte und Vereine, die seit vielen Jahren zusammenarbeiten, aber es gibt noch viel mehr, die es nicht tun. Herr Dr. Schunke, was hat sich denn seit Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung getan?

Dr. Schunke: Ja, zunächst darf auch ich Sie erst einmal ganz herzlich begrüßen.

Es hat sich seit her sehr viel getan. Ich darf vielleicht noch mal auf die Ursprünge zurückgehen. Ich hatte den Kinder- und Jugendring ermuntert, noch mehr in die fachliche Arbeit zu gehen und aus den vielen gemeinsamen Gesprächen kristallisierte sich dann heraus, dass der Kinder- und Jugendring den ganz großen Wurf wollte - also in die Schulen, in die Zusammenarbeit mit den Schulen zu kommen. Dann haben wir sehr lange verhandelt, um diese Vereinbarung zustande zu bekommen.

Wir hatten zunächst Befürchtungen: Ist es dann nicht doch eine Nummer zu groß, was man sich hier geschultert hat. Aber siehe da, meine Befürchtungen haben sich nicht bestätigt, sondern vielmehr ist diese Vereinbarung mit Leben erfüllt wurden und Sie sehen es schon an der Anzahl der hier Anwesenden, sie haben das Interesse geweckt.

Das Ganze war ein natürlicher Entwicklungsprozess. Wir haben zwischenzeitlich mit den Kooperationspartnern erreicht, dass wir eine Reihe von hochwertigen Fortbildungsveranstaltungen anbieten konnten. Dieses gelang gemeinsam mit dem Landesjugendamt und der Freiwilligen-Agentur in Halle. Dieses spiegelt eine gelungene Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule wieder.

Darüber hinaus – und ich hoffe, dass ich Ihnen, Herr Geier, da nicht etwas vorwegnehme – muss ich das Kultusministerium als befreundetes Ministerium sehr loben. Herr Olbertz hat in diesem kleinen Flyer „Öffnung der Schule - Zusammenarbeit der Partner außerhalb der Schule“ sehr gute Rahmenbedingungen dargestellt, die sich das Kultusministerium auf die Fahnen geschrieben hat, was die Zusammenarbeit der Schule mit gesellschaftlichen Kräften - also auch mit der Jugendhilfe - anbetrifft.

Wir selbst können nur beraten und Dinge mit auf den Weg bringen, aber wir haben eins auch vor: „Wir wollen die Landesjugendverbände, mit denen wir derzeit schon verhandeln, dazu animieren, innovative Projekte in diesem Bereich zu entwickeln, die wir dann auch entsprechend mitfördern würden.“

Es ist ein langer Weg. Ich würde mich freuen, wenn das, was jetzt in Gang gesetzt ist, noch weiter mit Leben erfüllt wird und sich nachhaltig entwickelt. Ich darf auch noch auf eins hinweisen: Die AGJ hat Handlungsempfehlungen zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule entwickelt, auch das ist eine gute Arbeitsgrundlage – und ich wünsche allen, dass sie so weiter machen, wie sie jetzt begonnen haben.

Anette Schneider-Solis: Herr Geier, worin liegt denn der Sinn von Zusammenarbeit zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe?

Horst Geier: Lassen Sie mich das an dieser Stelle systematisch beantworten. Wir sind eine arbeitsteilige Gesellschaft. Dies ist auch gut so, sonst wären wir heute vermutlich dabei, Nahrung zu jagen oder unsere Wohnhöhlen trocken zu legen, und nicht hier. Erst diese Arbeitsteilung gibt uns die Möglichkeit zur Spezialisierung, die Möglichkeit zu hoher Professionalität. Und da gibt es junge Menschen, die einen nicht unerheblichen Anteil ihrer Lebenszeit investieren, studieren zwei bis drei Fachwissenschaften, befassen sich mit Fachdidaktik und werden auf diesem Wege befähigt, SchülerInnen perspektivisch zu möglichst hohen Abschlüssen zu führen. Andere junge Leute investieren nicht weniger Lebenszeit und studieren Erziehungs-wissenschaften, Pädagogik, Psychologie, Öffentlichkeitsarbeit und werden befähigt, familiäre, regionale und gruppenbezogene Angebote zu unterbreiten. Auf diesem Wege werden ebenfalls Chancen eröffnet und junge Leute gefördert.

Insgesamt also zwei Professionen, zwei unterschiedliche Schwerpunkte, aber im Grunde dieselbe Klientel und dieselbe Zielrichtung. Insofern ist es eigentlich ein Gebot, dass diese Kompetenzen, Fähigkeiten und Mittel verbunden werden, um dieses gemeinsame Ziel zu erreichen.

Anette Schneider-Solis: Herr Hanselmann, wir hatten vorhin schon gesagt: Es gibt viele Partner, die seit Jahren zusammenarbeiten, aber es gibt sehr viele, die sich noch nicht gefunden haben. Inwieweit hat denn die Vereinbarung jetzt dieses Zusammenfinden erleichtert? Wo liegen die positiven Erfahrungen, seit es diese Vereinbarung gibt?

Rolf Hanselmann: Ich denke, zum einen liegt die positive Erfahrung darin, dass wir als Kinder- und Jugendring die Kooperationsvereinbarung in die Vereine und die Verbände streuen konnten. Das heißt, wir haben erst einmal versucht, Interessenten zu finden für das Projekt, das wir gemeinsam angestoßen haben. Das ist ein erster Punkt gewesen.

Ein zweiter Punkt ist, denke ich mir, dass wir durchaus auf vorhandene Kooperationsbeziehungen eingehen konnten. Seit vielen Jahren praktiziert das Kultusministerium das Projekt „Kultur in Schule und Verein“, wo Schule mit Verbänden und Vereinen in Zusammenarbeit tritt. Und dahingehend gab es sehr wohl schon viele Schnittstellen, da dieses Projekt ja schon über mehrere Jahre läuft.

Ein weiterer wichtiger Aspekt war, dass wir in den Verbänden durchaus Ressourcen gesehen und gefunden haben. Rückmeldungen bestärkten uns, dieses Projekt weiter zusammen zu beschreiten. Diese Schnittstelle, wie sie bereits von Dr. Schunke und Herrn Geier benannt wurde, galt es eigentlich, ein Stück weit zu begleiten. Dies bedeutet, die Stärken dieses Projektes für beide Beteiligten auch mit unterschiedlichen Sichtweisen immer wieder transparent zu machen.

Anette Schneider-Solis: Was kann man denn tun, Herr Dr. Schunke, um das Zusammenfinden, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Partnern anzuregen, damit sich noch mehr zusammenfinden?

Dr. Schunke: Also ganz wichtig ist auch der Schritt, den die Schulen über das Kultusministerium gegangen sind. Wir hatten ja aus dem ursprünglichen Projekt Schulsozialarbeit die Erfahrung gemacht, dass die Schulen sich zunächst schwer getan hatten, sich zu öffnen. Das scheint mir weitgehend überwunden zu sein, auch durch die veränderte gesellschaftliche Entwicklung. Ich glaube, viele haben erkannt, dass solidarische Zusammenarbeit wichtig ist, um die verschiedenen Lernorte miteinander zu vernetzen und die Schule auch als Teil der Gesellschaft zu sehen.

Deshalb halte ich es für unheimlich wichtig, dass die Arbeit vom Kinder- und Jugendring mit den Kooperationspartnern nachhaltig gestaltet wird. Wichtig ist dabei, dass wir eine Stetigkeit hinbekommen. Ein ganz wichtiger Punkt, den ich da sehe – da ich auch für viele andere Bereiche zuständig bin – wo es mangelt, ist die Kooperation und Vernetzung, das Aufeinanderzugehen, das Miteinandersprechen.

Dies alles ein wenig zu strukturieren und nicht nur Absichten zu erklären, sondern es dauerhaft zu gestalten, ist mir ganz wichtig. Das erfordert aber stetiges Engagement, und vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist es gerade ganz besonders wichtig, dass hier Jugend für Jugend und mit Jugend diese Probleme anpackt. Denn ich wünsche mir, dass dabei nicht nur ein besseres Schulklima herauskommt, sondern auch eine sinnvolle Zeitgestaltung geübt und erlernt wird. Weil damit das Abfedern von sozialen Problemlagen und auch eine gesteigerte Motivation erreicht werden kann.

Wie schwer das alles ist, weiß ich aus eigener Erfahrung. An der Schule meines jüngsten Sohnes bin ich Mitglied einer Profilarbeitsgruppe, die sich gerade bemüht, diese Öffnung nach außen zu gestalten. Da ist es unheimlich wichtig, dass sie verlässliche Ansprechpartner in allen Bereichen haben. Und da möchte ich sie motivieren, dieses vor Ort ständig zu pflegen, sich bei Rückschlägen nicht entmutigen zu lassen, sondern diesen steinigen Weg einfach zu beschreiten. Sie werden die Erfolge messbar in einigen Jahren dann sehen.

Anette Schneider-Solis: Wir hatten ja vorhin schon ein bisschen geredet. In Ganztagschulen ist das Ganze ja ein Muss. Da geht es gar nicht ohne Partner. In vielen Grundschulen läuft es auch. In den weiterführenden Schulen eher weniger, und Sie hatten vorhin auch schon ein Beispiel genannt, wo man Partner dringend braucht, und gerade in den weiterführenden Schulen geht es um Berufsorientierung. Wo sehen Sie da Reserven und Potentiale?

Dr. Schunke: Ich sehe das Potential, dass auch die Öffnung hin zur Wirtschaft gefunden wird. Aber auch für die Jugendverbände ergibt sich die Möglichkeit, über ihre Kontakte zu bestimmten Ausbildungsbetrieben, diese zu animieren, mit in die Schulen zu gehen und sich zu öffnen, natürlich auch die Lehrkräfte entsprechend anzusprechen, damit es von beiden Seiten zu Kooperation in diesem Bereich kommt.

Anette Schneider-Solis: Herr Hanselmann, wo findet man denn Partner? Gibt es da Börsen oder ähnliches?

Rolf Hanselmann: Ich denke, Börsen gibt es eine ganze Menge, ob man sie aber für diesen Bereich verwenden kann, lass ich einfach mal offen. Die eine oder andere durchaus. Ich glaube aber, dass dieser Punkt, den Sie angesprochen haben, sehr wichtig ist. In dem Altersbereich, wo die Jugendlichen die Schule verlassen und quasi einen neuen Lebensabschnitt beginnen, ist vieles Wunsch, manches Hoffnung und das Nächste wird sich wahrscheinlich auch erst durch Trauer realisieren lassen.

Wir sind also gerade dabei zu schauen, wie man in dem Bereich der Jugendbildung mit den Vereinen und Verbänden Angebote schaffen kann, in dem man die Schulen und die Jugendlichen anspricht und sagt: „Okay, ihr steht jetzt hier an dieser Schnittstelle zwischen dem Ende der regulären Schulzeit bzw. geht in die Berufsausbildung – wo ist euer Bedarf, wo sind eure Hoffnungen, wo sind eure Wünsche? Was passiert mit euch, was macht ihr, wenn sich diese Hoffnungen und Wünsche nicht erfüllen?“. Stichwort: Es gibt eben nicht *die* Lehrstelle, die man haben möchte. Es gibt nicht *den* Studienplatz, den man haben möchte. Vielleicht hat man hier und da auch schon den einen oder anderen Stolperstein überwunden, der dort heißt: Ich habe mal ein Schuljahr zweimal gemacht oder ich habe meine Schule oder Lehre abgebrochen. Welche Kooperationspartner gibt es dort, wen kann man bündeln?

Herr Dr. Schunke hat das gerade angesprochen. Hier muss man schauen, wie der Bedarf bei der Wirtschaft ist und fragen, was die Wirtschaft mit diesen Jugendlichen macht, welche Angebote sie unterbreitet. Und da denke ich, ist Sozialpädagogik oder Sozialarbeit eine wichtige Schnittstelle. Das ist der erste Punkt.

Zweiter Punkt ist natürlich, dass die Verbände selbst über bestimmte Ressourcen verfügen. Das heißt, um ein alternatives Beispiel vorzuschlagen, den jungen Menschen nicht nur zu sagen: „Okay, das hat nicht funktioniert, jetzt drehst du ein Jahr vielleicht eine Ehrenrunde.“ Sondern es gibt die Möglichkeit über den internationalen Jugendaustauschdienst, es gibt die Möglichkeit über die LKJ, es gibt diese und andere Möglichkeiten, sich in Freiwilligen-Agenturen einzubringen oder mal hier und dort in einen Bereich hineinzuschnuppern, in einen Verein, in einen Verband, in eine Firma. Damit gibt man den Jugendlichen den Impuls, sich zu fragen: „Ist das denn eigentlich das, was ich haben möchte?“ Und dieser Prozess muss dann entsprechend begleitet werden. Ich denke, da sind die Vereine und Verbände durchaus in der Lage und willens, diesen Schritt zu gehen. Ich denke, das gibt sehr gut die Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Schule wieder.

Anette Schneider-Solis: Herr Geier, Schule hat ja den Bildungs- und Erziehungsauftrag. Wo hat Schule ihre Grenzen, wo braucht sie Partner?

Horst Geier: Wenn Sie sich das Schulgesetz anschauen, sind anderthalb Druckseiten des Paragraphen 1 nur Bildungsauftrag. Also komplexer kann man es schon gar nicht mehr darstellen. Und deshalb hat der Gesetzgeber in dem Abschnitt 4a explizit eingefordert - was Herr Dr. Schunke schon gesagt hat - die Zusammenarbeit mit den Regionen und mit allen, die am Leben junger Menschen Anteil haben.

Schule ist zunächst einmal ausgerichtet auf den Erwerb des Abschlusses und strukturiert ihre Angebote lerngruppenbezogen. Das heißt, eine Lehrkraft kann den Unterricht nicht bis zum Einzelunterricht herunter brechen, sondern sie hat immer als Bezugsnorm die Lerngruppe. Individuelle Hilfen wird sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten geben, aber diese Möglichkeiten erschöpfen sich meistens im außerschulischen Feld, besonders in den Peer-Groups (Gruppen von Gleichaltrigen) und gelegentlich auch im familiären Kontext. Sie wissen aus Ihrer praktischen Erfahrung, dass die Elternschaften, die wir in der Schule besonders ansprechen wollten, häufig eine besondere Hemmschwelle haben, in die Schule zu kommen. Die Schule wird häufig, bedauerlicherweise, auch als Behörde wahrgenommen, das heißt, dass wir „den Grad an Öffnung, den wir dort gern hätten, nicht erreichen!“

Auch was den Einfluss auf Peer-Groups angeht, ist das Rollenspiel im Schüler-Lehrer-Verhältnis relativ klar. Schule wird als belehrende Staatsinstitution wahrgenommen, nicht vorrangig als Lebenspartner. Der eine oder andere unter den Lehrkräften wird als Partner wahrgenommen, die Schule insgesamt aber eher als Institution, eben als verlängerter Arm, der belehrend agiert.

Aus den Erfahrungsberichten wird deutlich, dass die Einflussmöglichkeiten, die die Schule hier hat, in bestimmten Bereichen weit überschätzt werden.

Deswegen brauchen wir möglichst viele authentische Partner, denn dieses Kriterium legen SchülerInnen an. Authentizität ist für sie ein ganz wichtiges Kriterium und wichtig sind demnach

also Partner, die in die Schule hineinkommen und aus der Lebenswirklichkeit in den Theoriebereich der Schule praktische Erfahrungen bringen.

Die Dinge, die Schule angeregt hat, sind dann durch die Partner entsprechend zu unterstützen und zu begleiten. Dann sind insofern in einer verlässlichen Vernetzung der Partner, sowohl in der Schule als auch begleitend neben der Schule, aufzufinden.

Anette Schneider-Solis: Sprechen wir jetzt von ständiger Zusammenarbeit oder ist es beispielsweise auch mal der Vortrag von der DROBS-Mitarbeiterin in der Schule?

Horst Geier: Grundsätzlich haben wir natürlich ein Interesse an einer nachhaltigen, vernetzten Zusammenarbeit, weil auch eine Schule, die sich ein Schulprogramm gibt – darauf stellen wir ja ab, das möchten wir – einen verlässlichen Partner braucht für die Umsetzung, auch um über die Ressourcen zu entscheiden.

Natürlich ist nicht nur die Schule als Schulinstitution gehalten, sondern in der Umsetzung des Einzelunterrichtes sind ebenfalls Praktiker einzubeziehen, also Öffnung der Einzelstunde. Im Bereich des Sozialkundeunterrichtes beispielsweise sollten außerschulische Partner in diesen Fragen, die Sie eben angesprochen haben, sehr willkommen sein.

Anette Schneider-Solis: Das, was wir jetzt gehört haben sind Beispiele, wie Verbände, Vereine, Vertreter des Kinder- und Jugendringes in die Schulen gehen und dort unterstützen. Ist das Ganze eine Einbahnstraße oder funktioniert das auch anders herum? Was können sich die Partner gegenseitig geben?

Rolf Hanselmann: Ich denke, die Partner können sich gegenseitig eine ganze Menge geben. Auf der einen Seite finde ich es wichtig, für eine gelungene Kooperation einfach mal zu schauen, wo die Möglichkeiten und Grenzen vorhanden sind, die die Schule aufbringt und wo der Förderbedarf im Einzelnen durch die Vereine und Verbände weiter vorangetrieben werden kann.

Ich denke, es ist auch interessant für die Jugendarbeit, zu lernen, dass Schule in ihrer Form durchaus in der Lage ist, sich auf bestimmte Bereiche von Bildung oder bestimmte Formen von Bildungsvermittlung der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung einzulassen und hier auch ein Stück weit Flexibilität zu zeigen.

Das wird oftmals schon praktiziert. Ich denke, wir reden wahrscheinlich nicht nur über Sachen, die wir brandneu erfinden müssen. Es gilt vielmehr, von Erfahrungen zu partizipieren und zu schauen: „Wie machen Sie das denn eigentlich? Welche Methodik wenden Sie an, kann man das zusammen machen und dahingehend in einer praktischen Form von Kooperation ergänzen?“ Und da kann es durchaus sein, dass Lehrer und Sozialpädagoge eine gemeinsame Form von Lernen und Lehren gestalten. Das muss nicht unbedingt im Klassenzimmer stattfinden. Ich denke, da haben beide voneinander zu lernen, sowohl was die Methodik und die Didaktik betrifft, aber auch das ganze Drumherum.

Anette Schneider-Solis: Herr Geier hatte eben ja schon angesprochen, wie schwer es ist, gerade die Eltern mit ins Boot zu bekommen, wo es Probleme gibt. Welche Wege gibt es?

Rolf Hanselmann: Ich denke mir schon, und das hat durchaus das vorhergehende Projekt „Schulsozialarbeit“ gezeigt, dass es der, der auch sechs Stunden lang Bezugsperson für Schüler sein muss, in seiner Rolle eine ganz andere Funktion wahrnimmt.

Wenn ich als Sozialpädagoge mit Eltern ein Gespräch führe, muss ich nicht am nächsten Tag vor deren Kind die nächste Note aussprechen. Das heißt, ich bin in einem ganz anderen „Unabhängigkeitsverhältnis“ und damit schaffe ich schon einen anderen Zugang. Das ist wichtig! Sie sprachen auch von Authentizität und das ist genauso wesentlich und maßgeblich interessant,

weil ich damit stückweit auch eine Form erreicht habe, die Anerkennung schafft und durchaus eine stückweite Akzeptanz vermittelt.

Ein wichtiger und interessanter Aspekt ist die Jugendhilfe, mit ihrer insgesamt großen Vernetzungsstruktur. Das heißt, ich weiß, an wen ich mich wenden muss, wenn es um Beratung geht. Das müssen LehrerInnen nicht unbedingt alles wissen, weil das unsere Aufgabe und unser Job ist.

Ich denke, das schafft wiederum nicht der lange Weg der Instanzen, sondern der kurze Weg über den Telefonhörer oder der E-Mail. Es bedarf nicht unbedingt des großen, langen Instanzenweges, wenn etwas passiert.

Anette Schneider-Solis: Nun ist ja so eine Vereinbarung immer eine schöne Sache. Da steht drin, wie es funktionieren soll, aber der Alltag - die Wirklichkeit - ist ja dann doch eher von mehr oder weniger großen Hürden geprägt. Jetzt haben sie alle drei eine unterschiedliche Sichtweise und ich würde Sie gerne fragen: „Wo sehen Sie die Probleme und Stolpersteinchen, wo es denn eventuell noch klemmt?“

Dr. Schunke: Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, dass eine meiner Grunderfahrungen in dem gesamten Bereich der Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenarbeit ist, dass die Entdeckung der Kooperation und der Vernetzung ja schon seit mindestens zehn Jahren in den unterschiedlichsten Facetten in der Literatur aufgearbeitet ist.

Sie finden also zu keinem Problem mehr irgendwo einen weißen Fleck. Es gibt überall entsprechende Beschreibungen. Das Schwierige ist, das wirklich in die Praxis umzusetzen. Da bedarf es weiteren Trainings und auch Geduld und Überzeugungskraft, hier weiter zu kommen. Das ist also ein Schwachpunkt.

Der zweite Schwachpunkt ist jetzt bezogen auf die unterschiedlichen Schulformen. Bei vielen Schulen und sozialen Brennpunkten sehe ich in der Tat das Problem, dass es Schwierigkeiten geben wird, an die Eltern heranzukommen. Sie können und müssen, wenn sie Schulsozialarbeit sinnvoll betreiben wollen, das mit dem Umfeld insgesamt machen. Das heißt Eltern, Ausbildungsstätten aber auch Peer-Groups und so weiter. Dort ist aus meiner Erfahrung die Bereitschaft sehr eingeschränkt, sich entsprechend zu öffnen und hier mitzumachen. Hier bedarf es besonderer Überzeugungskraft und besonderer Arbeit vor Ort.

Bei den weiterführenden Schulen sehe ich ein anderes Problem in der Stofffülle. Wir haben ja, getragen von Pisa, im Rahmen der zwölfjährigen Schulzeit eine ziemliche Stofffülle, die es abuarbeiten gilt.

Daneben haben die Kinder ja auch private Freizeitinteressen und dann sollten - sowohl die Lehrkräfte als auch die SchülerInnen - diese Freiräume und Nischen haben, um sinnvoll, kontinuierlich und auch mit Breitenwirkung diese Öffnung der Schule auch tatsächlich zu gestalten. Hier werden wir alle gemeinsam noch einen ziemlichen Weg des Lernens vor uns haben, und da sehe ich zwei ganz wichtige Punkte, wo wir unser Augenmerk besonders drauf konzentrieren müssen.

Anette Schneider-Solis: Herr Hanselmann, gleiche Frage an Sie.

Rolf Hanselmann: Ja, ich würde das Ganze mal praktisch herunter brechen.

Auf der einen Seite muss erst einmal der Bedarf benannt werden. Ich denke, ein großer Stolperstein liegt darin, dass man ehrlich miteinander umgeht, das heißt es muss klar sein, was ich von meinem Kooperationspartner erwarte und was ich nicht erwarten kann.

Andererseits heißt es natürlich auch, inwieweit ich mich in seine Kompetenzen einmische oder mir anmaße, darüber zu urteilen. Ich lasse es einfach mal so wertfrei stehen, weil ich denke, Herr Herz wird mit Sicherheit noch einige Stolpersteine benennen.

Zweiter wesentlicher Aspekt aus meiner Sicht ist es, dass es ja einer umgehenden Situations- bzw. Problemanalyse bedarf. Aus meiner Erfahrung weiß ich auch, dass es ziemlich schwierig ist, in manchen Schulen zu sagen und es laut zu formulieren, „es gibt hier ein Problem“, z.B. mit dem Schwerpunkt Gewalt. Das hat mitunter nicht immer damit zu tun, dass die Schule oder die Schulleitung sich das nicht traut. Es hat oftmals auch etwas damit zu tun, dass man dann in einem ganz anderen Licht in der Außenwirkung dasteht. Das bedeutet man geht also nicht offensiv mit dieser Problematik um oder läuft Gefahr zu sagen, wenn ich dies laut thematisiere, stehe ich vielleicht das nächste Mal auf der Abschlusliste.

Ein dritter entscheidender Punkt ist für mich auch ein Stolperstein: „Wir als Jugendhilfe müssen klarmachen, dass wir nicht die Heilsbringer sind“. Das heißt, dass wir sicherlich über profunde Kenntnisse und über eine ganze Menge Erfahrungen verfügen, was unsere Arbeit betrifft, aber wir werden nicht ad hoc von heute auf morgen – das ist bestimmt auch wieder ein Punkt im Bereich Erwartungshaltung - die Probleme gemeinsam lösen können.

Und ich glaube auch, und das ist für mich auch ein ganz großes Problem, hier eine Kontinuität zu vermitteln, dass man nicht, weil man vielleicht für eine bestimmte Zeit oder für eine bestimmte Regierung opportun ist, dieses Problem jetzt anzugehen versucht und nach dem nächsten Regierungswechsel wird die ganze Sinnhaftigkeit wieder in Frage gestellt. Ich denke, da krankt es oftmals aus der Sicht der Jugendhilfe und da wünschen wir uns, dass dieser Stolperstein schon aus Sinnhaftigkeit der Kooperation aus dem Weg geräumt wird.

Anette Schneider-Solis: Herr Geier, ist aus Ihrer Sicht noch etwas übrig geblieben? Sie haben jetzt den undankbaren dritten Platz erwischt.

Horst Geier: Im Grunde komme ich ein Stück weit auf das meines Vorredners zurück. Ich denke in der Tat, dass vom Ansatz her die Zusammenarbeit dauerhaft und nachhaltig als Netzwerk gestaltet sein muss. Denn dann laufen wir nicht Gefahr, dass eine Schule, die Bedarf meldet, in irgendein schlechtes Licht rücken könnte, sondern es wäre eine völlige Normalität der Zusammenarbeit zwischen Schule und Schulsozialarbeiter.

Das zweite ist: Ich denke in der Tat, wir müssen Bedarfslagen klären, wir müssen aber auch deutlich machen, dass sie schon im präventiven Bereich Zusammenarbeit ansetzen sollte und könnte. Das würde auch Türen in den weiterführenden Bereichen öffnen, möglicherweise auch in den Gymnasien. Und ich glaube, der Ehrlichkeit halber mit Blick auf die Studien, komme ich auf das zurück, was sie im mentalen Bereich angesiedelt haben. Diese Zusammenarbeit darf und soll nicht mit Vorurteilen belastet sein und als Konkurrenz empfunden werden, sondern sie müsste in der Tat als partnerschaftliches Zusammengehen von ExpertInnen mit verschiedenen Sichtweisen erlebt werden.

Anette Schneider-Solis: Nun ist das alles der Blick aus der oberen Perspektive, von Ministeriumsebene oder Vorstandsebene. Im Alltag gibt es, glaube ich, auch sehr viel kleinere Probleme, die so ohne weiteres gar nicht lösbar sind. Beispielsweise: Es erklärt sich eine Sozialarbeiterin bereit, ein Projekt in einer Schule durchzuführen und niemand will den Fahrschein für die Straßenbahn bezahlen. Wie geht man ein solches Problem an? Wer ist zuständig? Wie findet man da die Partner? Es gibt drei Ressourcen und drei Zuständigkeiten. Wie würfelt man das aus?

Dr. Schunke: Ja, das ist schon eine nicht so ganz einfach zu beantwortende Frage, weil es für solche kleinen Probleme ja keine besonderen kleinen Projekte gibt, die man dann entsprechend fördern könnte, etwa von Landesebene. Hier setze ich auf örtliche Kooperationsvereinbarungen. Sie müssen ja die örtliche Jugendhilfe auch mit einbeziehen und wir geben in die Landkreise die Jugendpauschale. Wenn die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe jetzt einen noch größeren Stellenwert bekommt, dann muss man auch in diesen Zuständigkeitsbereichen

umdenken, um hier, bezogen auf die Schulsozialarbeit, entsprechend Unterstützung zu geben, damit es an solchen Fragen nicht scheitert.

Zum Zweiten, auch hier spreche ich aus Erfahrung, gibt es die Möglichkeiten, dass die Elterngremien mit kleinen Beträgen durchaus auch Not lindern können.

Der dritte Bereich und da bitte ich jetzt einfach auch, das von dem, was wir hier heute behandeln, zu unterscheiden. Die Landesregierung wird gemeinsam mit dem Kultusministerium und dem Sozialministerium ein großes Projekt gegen SchulabbrecherInnen – verbunden mit Schulsozialarbeit - aus EU – Fördermitteln auflegen.

Das ist ein Bereich, der im Grunde daneben noch läuft, und hier hat sich ja der Kinder- und Jugendring neben der Schulsozialarbeit auch die Jugendarbeit mit auf die Fahnen geschrieben. Elternarbeit, Gesundheitsförderung, Jungenarbeit, Mädchenarbeit, Berufsorientierung - Herr Hahn wird das und den Anstieg der Zusammenarbeit innerhalb des einen Jahres nachher in seinem Referat darstellen. Da werden Sie sehr interessante Fakten geliefert bekommen. Also, hier wird man wirklich an den Willen der örtlich Beteiligten appellieren müssen und aus den dort zur Verfügung stehenden Ressourcen diese Dinge abfedern. Dass dies nicht immer einfach ist, weiß ich.

Aber es gibt hier keinen Titel, aus dem wir irgendwie etwas direkt vor Ort fördern könnten, es sei denn über die örtlichen Träger, die die Jugendpauschale dafür einsetzen. Auch die Schule dürfte einen bescheidenen Betrag im Rahmen der Budgetierung sicherlich aufbringen können, aber das sind alles kleine Bereiche, die man einfach sammeln muss und da gilt es dann auch entsprechend findig zu sein, wie man die Finanzierung dann hibekommt.

Anette Schneider-Solis: Sie lächeln. So einfach ist es, glaube ich, in der Praxis nicht.

Rolf Hanselmann: Nein, ich musste ganz einfach über die Bemerkung von Herrn Dr. Schunke lächeln. Die trifft es genau. Man muss manchmal findig sein. Auf der einen Seite leben Schulen schon lange mit dem Problem, dass sie durchaus findig sein müssen, um bestimmte Sachen über den allgemeinen Rahmen hinaus finanzieren zu können. Ich denke mir, da gibt es mehrere Möglichkeiten und ich glaube, da gab es auch ganz viele Ideen und Kreativität.

Mir fällt spontan ein, dass es durchaus interessant ist - und da sind wir wieder bei der Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe - Jugendliche und Kinder mit in das Projekt einzubeziehen. Da gibt es z.B. in Magdeburg und in einigen anderen Städten auch die Youth Bank, wo junge Leute einen kleinen Obolus beantragen können und dieses Projekt selber dann dort einreichen.

Ich denke, die Möglichkeit hier und da selbst kreativ tätig zu sein - da haben wir wieder die Verstrickung mit der örtlichen Jugendhilfe bzw. mit den freien Trägern und explizit vor Ort. Aber ich denke, wir sollten das Problem der Finanzierung der Schulen hinsichtlich einzelner Maßnahmen und Projekte nicht kaschieren. Das hat sich in der letzten Zeit durchaus verkompliziert und - um das mal ganz vorsichtig zu formulieren - wird auch nicht leichter werden. Ich bringe es mal auf den Punkt und spitze es bewusst provokant zu: „Schule und Bildung sind teuer, zumindest für den Haushalt, nicht nur des Landes, sondern auch der Eltern!“

Anette Schneider-Solis: Früher haben wir an der Stelle Altstoffe gesammelt und hatten dann immer ein bisschen Geld in der Klassenkasse. Herr Geier, wenn man einen Blick auf das Land Sachsen-Anhalt wirft und es regional betrachtet, gibt es da Unterschiede?

Horst Geier: Worin?

Anette Schneider-Solis: Wo es läuft und wo es nicht so gut läuft. Kann man das auch an Regionen festmachen oder ist das wirklich das Engagement der Partner?

Horst Geier: Letztlich ist es in der Tat immer abhängig von den „konkret-vor-Ort-Tätigen“. Und ich glaube, in den Regionen, die von den Indikatoren her als sozialer Brennpunkt empfunden werden,

ist die Bereitschaft, sich auf Partner einzulassen und mit Partnern zusammenzuarbeiten, intensiver und größer empfunden als in Bereichen, wo eine Schule jedenfalls für sich meint, das läuft schon ganz gut, wir haben im akuten Bedarf nichts anzumelden.

Anette Schneider-Solis: Nun haben wir schon eine ganze Reihe von Dingen gehört, die möglich sind und ich würde Ihnen allen jetzt gern wieder dieselbe Frage stellen: „Wenn Sie jetzt Wünsche äußern könnten, welche wären das?“

Horst Geier: Ich hoffe, dass die beteiligten Partner aufeinander zugehen und Vorurteile abbauen, dass es dauerhaft tätige Netzwerke gibt, die die Region und auch die Entscheidungsträger vor Ort mit einbeziehen. Und ich hoffe, dass es uns auf der Schiene dann auch gelingt, eine sehr ehrgeizige Erwartung an Schulen – nämlich das Halbieren bzw. Senken der Schulabbrecherquote – zu ermöglichen.

Rolf Hanselmann: Ich würde mir wünschen, dass Bildung für alle Beteiligten Spaß macht. Dass dabei der finanzielle Rahmen überhaupt nicht mehr zur Diskussion steht. Und dass das, was wir als Kooperationsvereinbarung vor einem Jahr angedacht und angeregt haben, nicht mehr in Abrede gestellt wird, sondern dass man diesen Prozess weiterentwickelt, evaluiert und für alle Beteiligten das Beste daraus macht.

Dr. Schunke: Im Grunde genommen sind die Wünsche schon ausgesprochen. Was für mich noch übrig bleibt ist der Wunsch nach messbaren Erfolgen im Laufe der Jahre. Ich wünsche mir, dass der Kinder- und Jugendring mit dem bisherigen Engagement so weiter verfährt und noch weitere Motivation in das Land - über seine Mitgliedsverbände - und auch in die Kreise hineinbringt. Ich wünsche mir, dass die Unterstützung durch unser Haus und durch die Landesregierung auch so bleibt wie sie begonnen hat und vielleicht auch noch verstärkt wird.

Anette Schneider-Solis: Ich bedanke mich bei den Gesprächspartnern und bei Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Bilderbogen



Horst Geier
Kultusministerium
Sachsen-Anhalt



Dr. Reinhard Schunke
Ministerium für Gesundheit
und Soziales



3. Stolpersteine überwinden – Kooperation verwirklichen! (Otto Herz)



Otto Herz
Psychologe, Pädagoge und Vorsitzender des
Vereins zur Förderung von community education in
Deutschland

Im Programm steht „die Stolpersteine überwinden“. Deshalb heißt mein Motto für den heutigen Tag „Seid ins Gelingen verliebt und nicht ins Scheitern vernarrt.“ Das ist nicht von mir, sondern von Ernst Bloch. Aber ein gutes Lebensmotto. Aber ich komme doch nicht ganz drum herum, mit wenigen Sätzen etwas zu den Stolpersteinen zu sagen.

Der erste Stolperstein ist ein sehr genereller, wenn auch sehr abstrakter. Er kommt aus der Systemtheorie und besagt, Systeme neigen dazu, alle ihre Kräfte zu mobilisieren, um ihr System zu erhalten gegen die anderen. Deswegen, wenn man anfängt zu sagen, was sind die Besonderheiten von Jugendhilfe und was sind die Besonderheiten von Schule, dann sucht man nach der Differenz, und die Beteiligten beginnen, ihre Besonderheit in der Abgrenzung zu den Anderen zu verteidigen.

Stellen Sie sich mal vor, Sie bekommen das Angebot, Sie sollen sich treffen. Die einen beschließen, nach Norden zu fahren und die anderen beschließen, nach Süden zu fahren. Sie müssen 20 000 km um die Welt fahren, um sich zu treffen. Das wird - außer in Modellprojekten - nicht gut gehen.

Deswegen brauchen wir einen anderen Zugang. Dazu will ich kommen. Man kann es auch für die, die theoretisch interessiert sind, auch noch mal so sagen: Es gibt eine Theorie, die heißt „Konstruktivismus“, und aus der stammt ein interessanter Satz, der heißt: „Erst als ich die Antwort gehört habe, wusste ich, was ich gefragt habe!“. Die Art unseres Fragens induziert die Antworten. Deswegen noch einmal: Wenn man damit beginnt zu fragen, wie können getrennte Welten zusammen kommen, hat man immer das Getrennte im Fokus der Aufmerksamkeit.

Deswegen werde ich heute Morgen für etwas anderes werben. Ich stimme Ihnen zu, dass es menscheitsgeschichtlich ein Fortschritt war, die Arbeitsteilung zu entwickeln. Aber es gibt Entwicklungsphasen, wo die Arbeitsteilung das Ende der Produktivität ist. Und wenn wir uns soweit auseinander dividieren, dass wir nicht mehr zusammen kommen, konstruieren wir die Katastrophen, die durch Modellversuche korrigiert werden sollen. Dies ist kein Erfolgsprinzip. Wir haben eine gesellschaftliche Arbeitsteilung aus der Tradition heraus. Die prinzipielle Arbeitsteilung aus der Tradition heraus sah folgendermaßen aus:

„Die Familie erzieht, die Schule belehrt, die Freizeit erfreut und der Beruf ernährt.“

So ist die Gesellschaft aufgeteilt und wenn man dafür verschiedene Professionen, verschiedene Ministerien, verschiedene Gehaltsstufen, verschiedene Ferienordnungen geschaffen hat, dann ist

man in einem ziemlichem Dickicht. Aber wenn wir uns das nüchtern anschauen, treffen dann die Grundlagen für diese Arbeitsteilung noch zu?

Die Familie erzieht, dann kommen wir zu dem Ergebnis, dass Erziehung in sehr vielen Familien zu einer schwierigen Herausforderung geworden ist, der viele nur schwer in qualitativ anspruchsvollem Sinne nachkommen können.

Also müssen wir neu nachdenken über die Erziehungskraft von Familien. Die alte Theorie war, dass mit der Zeugungsfähigkeit die Erziehungsfähigkeit natürlicherweise mitgeliefert wurde. Daran kann man Zweifel haben. Wir müssen also über diesen Sachverhalt neu nachdenken.

Weil aber die Annahme von der Schule war, dass die Familie erzieht, gibt es so viele LehrerInnen, die denken, dass die Kinder jeden Morgen zur Schule kommen und dann tief bedürftig sind, jetzt mit Wissen abgefüllt zu werden.

Aber da ich ja viel mit LehrerInnen zu tun habe, weiß ich, dass die sagen, da hat sich was geändert. Sie sagen, in immer mehr Fällen müssen wir die Bedingungen für anspruchsvolles Lernen erst in der Schule herstellen, bevor wir unsere anspruchsvollen Lehrtätigkeiten erfolgreich praktizieren können.

Aber die Vorstellung war, dass man diesen Lehrprozess komprimiert an einem Vormittag bewältigt, denn dann hat man ja am Nachmittag frei, um sich vom Stress des Vormittages erholen zu können. Aber es setzt sich auch in Deutschland allmählich die Erkenntnis durch, dass man die ganze Welt nicht am Halbtage erklären kann. Und man merkt, dass die Komprimierung von Stoffmengen mit Fünf-Minuten-Pausen, – wo die einzelnen schlecht zum Kopieren kommen und die anderen nicht auf die Toilette – dass dies kein günstiger Ausgangspunkt zur konzentrierten Vertiefung in anspruchsvolle Aufgaben ist.

Friedrich Nietzsche sagt dazu: „Die Bildung wird immer geringer, weil die Hetze immer größer wird“.

Also müssen wir mit dem Blick auf Schule ‚Schule‘ neu denken.

Und die Vorstellung Nummer drei - Freizeit erfreut – das wissen Sie besser als viele andere, dass der Freizeitbereich ja auch nicht für sehr viele Jugendliche ein reines Vergnügen ist, sondern dass er ein hoch konkurrenzbesetzter Markt ist. Wehe man trägt nicht die richtige Marke, wehe man ist nicht in den richtigen Cliquen, wehe man hat nicht die Mittel, mit denen man sich die Vergnügungen leisten kann, die gerade „In“ sind.

Was machen die, die noch nicht einmal das Eintrittsgeld für das Schwimmbad bezahlen können - zwanzig Prozent der Jugendlichen etwa? Also auch diese Vorstellung, der Nachmittag als kompensatorischer Ausgleich zur Stressvormittageinrichtung Schule, haut real nicht mehr hin. Und die Vorstellung, wenn man das lang genug macht, dann ist man an der Stelle, wo der Beruf ernähren soll.

Also wenn ich da in meine Gruppen nördlich von Leipzig komme – 40% Jugendarbeitslosigkeit – und ich sage denen: „Strengt euch an, dann werdet ihr was.“ Sie mögen mich, aber dann gucken sie mich ziemlich mitleidvoll an und sagen: „Otto, du kennst die Welt nicht!“. In der Phase struktureller großer Jugendarbeitslosigkeit brauchen wir auch da neue Denk- und Handlungsmodelle, wie die Perfektionierung des gerade Charakterisierten. Dies ist keine Garantie dafür, dass es dem Einzelnen gelingt, sein Leben in Freiheit und Vernünftigkeit zu organisieren.

Und deswegen ist das Nachdenken über die Perfektionierung dieses gespaltenen Systems nicht der richtige Weg, glaube ich. Sondern wir müssen Familie neu denken, wir müssen Schule neu denken, wir müssen Freizeit, also Jugendarbeit neu denken und wir müssen die Frage, wie wir unser Leben finanzieren, neu denken!

Die mir einleuchtendste Antwort auf diesen Versuch ‚neu denken‘ heißt, jeder Einzelbereich, wenn er kritisch auf sich selbst schaut, ist strukturell überfordert: Die Familie, wie die Schule, wie die Jugendarbeit, wie die Frage von Beruf, Ernährung, Arbeit. Deswegen gelingen Lösungsmodelle heute nur in Verantwortungsgemeinschaften und nicht mehr in Abgrenzung zueinander.

Also an die Stelle von „Die Familie erzieht, die Schule belehrt, die Freizeit erfreut und der Beruf ernährt!“ steht für alle Phasen das Gebot der Verantwortungsgemeinschaft von Kindern und Jugendlichen, ihrer Eltern, von professionellen Pädagogen und von Partnern im Gemeinwesen aller Bereiche. Unsere gesellschaftliche Aufgabe heute besteht darin, solche Netzwerke von Verantwortung in Ergänzung besonderer Stärken und zum Ausgleich besonderer Schwächen zu organisieren.

Und niemand mehr kann sich auf sich alleine zurückziehen. Das ist entscheidend, da dies die Ausgangsbedingung ist. Ich will es noch einmal historisch portiert ansprechen. Dass es eine eigene Profession Sozialpädagogik gegen die Schulpädagogik gegeben hat, ist ja die implizite Aussage, dass die Schulpädagogik von selbst unsozial sei und dass man deswegen eine soziale zum Ausgleich brauche. Aber Sie können nie, wenn der Regelfall unsozial ist, durch Randarbeit kompensieren, was im Regelfall angestiftet wird. Wie soll ein oder zwei - oder plötzlich gewinnt Sachsen-Anhalt im Lotto und jede Schule bekommt drei - SozialarbeiterInnen, wie sollen drei SozialpädagogInnen dreißig SchulpädagogInnen beglücken können? Das geht nicht gut.

Ich habe mal eine Schule mitgegründet, wo wir gesagt haben, wir stellen keine SozialpädagogInnen ein – nicht, weil wir einen Affekt gegen Sozialpädagogik hatten, sondern weil unsere Sorge war, dass die LehrerInnen das Soziale sofort an die partikulare Sonderberufsgruppe abschieben und sich nicht um das kümmern, was ihr Hauptauftrag ist, nämlich Menschen stark zu machen.

Also auch da gilt es, neu zu denken, dass nämlich Belehrung und menschliche Förderung keine zwei Dinge sein dürfen.

Ich habe gedacht, dass ich mich selbst realisieren kann, wenn ich in dieser Art und Weise ganz anders an das Thema herangehen will, denn das ist ja immer das Erfolgsprinzip.

Und da will ich Ihnen eine kleine Geschichte erzählen. Ich war im Himalaja, dort gibt es ein Museum, wo die Gegenstände gesammelt sind, von den Menschen, die als erste auf den Mount Everest gegangen sind: Atemgeräte, Zelte, Schlafsäcke. Sehr eindrucksvoll.

In einer Ecke dieses Museums war eine schon etwas abgeblätterte Schiefertafel und auf der stand drauf:

„33 Personal Qualities needed for Development of a child“^{1,2}

33 grundlegend wichtige Erfahrungen, die Kinder und Jugendliche für das Aufwachsen brauchen, wenn sie ein gelingendes Leben führen wollen. Dann habe ich mir das durchgelesen und dachte mir, das führe ich in die pädagogische Weltliteratur ein. Ich habe es übersetzt, habe daraus ein Plakat gemacht, darauf stehen die 33 qualities, darüber steht Göttinger Auftrag, das war zu einem Kinderkongress. Das Plakat wurde 20 000 Mal nachgedruckt. Jetzt ist es weg.

Sie haben aber jetzt den Inhalt auf einem Blatt, das jetzt verteilt wird. Um zu prüfen, ob wir überhaupt eine gemeinsame Ausgangsbasis haben, ist meine Bitte, dass sie mal relativ zügig den Text durchgehen. Sie sehen, es ist ein sechsstufige Skala von „hoher Zustimmung 3+“ bis „hoher Ablehnung 3-“, und kreuzen Sie mal an, ob und was Sie wichtig finden für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Sie sollen darüber weder depressiv werden noch denken, Sie müssen kein Zusatzstudium absolvieren, sondern ihre Spontaneität ist hilfreich für die Richtigkeit der Antwort.

Meine Hypothese heißt: Es gibt eine profilierte Minderheit, die viele Punkte im Minusbereich angekreuzt hat.

Die andere Annahme ist, die meisten von Ihnen haben auf der rechten Seite ihr Kreuz gesetzt, auf der Plusseite. Trifft das zu?

Dann schlage ich vor, dass wir eine gemeinsame Ausgangsbasis wählen. Die heißt so: Wenn an der Stelle dieser Erde, wo dokumentiert ist, was wichtig ist, um auf den höchsten Gipfel dieser Erde zu kommen, wenn an dieser geradezu mythischen Stelle etwas formuliert ist, was Kinder und

¹ 33 persönliche Kompetenzen, die für die Entwicklung eines Kindes notwendig sind.

² Diese 33 Qualities finden Sie im Anschluss dieses Referates.

Jugendliche brauchen zum gelingenden Aufwachsen, dann hat das eine weltweite - geradezu überzeitliche - Bedeutung.

Und das haben Sie jetzt in der Hand. Ich bin ja jede Woche in ein oder zwei Schulen, um mit den Kollegien zu arbeiten. Da ist es wichtig, sich darüber zu vergewissern, worauf es wirklich ankommt, und jetzt habe ich verstanden, dass das die entscheidenden Punkte sind.

Der Lehrplan. Und meine Antwort heißt, wenn der Lehrplan dies nicht einlöst, dann ist er ein Irrplan und muss gestrichen, beiseite geschoben oder verändert werden, um es freundlich zu formulieren. Und ich bin sicher, dass der Minister, der für diesen Bereich zuständig ist, mir da zustimmt.

Das Problem von Schulen ist häufig, dass sie sich an dem Erlass vierter Ordnung interessiert und orientiert, aber nicht an dem, was Sie genannt haben, den ersten zwei, anderthalb Seiten des Schulgesetzes, wo die grundlegenden Aufträge von Schule formuliert sind.

Die Schulleiter frage ich: „Was tust du dafür, dass diese gesetzlichen Aufträge erfüllt werden?“. Die Antwort: „Wir geben in der dritten Stunde Mathematik am Montag.“ ist keine Beantwortung dieser Frage.

Aber wer in unserem Rechtssystem ein Gesetz bricht - und das ist ein Gesetz - kommt ins Gefängnis. Wir müssten mal überlegen, wie viele dorthin müssten.

Also, wir brauchen eine Grundsatzbesinnung darauf, was wirklich wichtig und entscheidend ist, für das gelingende Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen.

Sie haben jetzt ein Angebot in der Hand. Ich habe absichtlich das mal genannt, weil es noch etwas überzeitlicher ist als das Sachsen-Anhaltinische Schulgesetz, das ändert sich ja meistens mit jeder Legislaturperiode. Deswegen ist es sinnvoller, einen Blick auf die Zukunftschancen von Kindern etwas weiter zu denken als eine Legislaturperiode. Was tun wir dafür?

Und noch ein Gedanke, und dann wird es konkret. Nämlich am Stichwort Ganztagschule.

Wenn ich in viele Ganztagschulen komme, dann sagen die mir: „Otto, was sollen wir denn nachmittags machen?“. Dann sage ich denen: „Passt mal auf! Die Ganztagschule fängt morgens an und nicht Vormittag „Business as usual“³. Und jetzt noch nachmittags den Kinder- und Jugendring gewinnen, dass er die, welche schwierig sind, am Nachmittag noch beschäftigt. Wenn die Ganztagschule die Fortsetzung der falschen Halbtagschule über den ganzen Tag wird, wird die Katastrophe nach ihrer Einführung noch größer sein als sie bisher schon ist.

Und deswegen heißt es auch Ganztagschule – das ist kein zeitlicher Begriff – das ist nicht die Frage. Wie können wir die Kinder von morgens um sieben oder halb acht bis nachmittags 15 oder 16 Uhr aus der Gesellschaft entsorgen, weil Kinder und Jugendliche oft so störend sind, sondern die Ganztagschule meint auch da das ganze Denken und das ganze Realisieren und das ganze Leben. Was ist das Ganze? Das, was Ihr da auf Eurem Blatt zu stehen habt, die Summe der notwendigerweise wichtigen Lebenserfahrungen für Kinder und Jugendliche, damit sie befähigt werden, in dieser komplizierten Gesellschaft sinnvoll zu existieren! Das ist der Auftrag!

Und wenn das der Ausgangspunkt ist, zu fragen, was eine gute Ganztagschule ist, dann kann man sagen: „Okay, wer kann was, wann, mit wem, wie zusammen am besten realisieren?“.

Da ist aber eine andere Frage: „Wie erfülle ich den Lehrplan?“ eine genauso in die Irre leitende Frage wie: „Ist der Unterricht abgedeckt?“.

Abdecker zu sein ist ein ehrenwerter Beruf, aber es geht doch nicht formal darum, einen Stundenplan abzudecken!

Als das Motto durch die Republik ging: „Im Mittelpunkt der Schule steht der Unterricht!“, habe ich einen Aufsatz geschrieben, der hieß: „Lernen ist wichtiger als Unterricht!“, weil die Vermehrung von schlechtem Unterricht die Lernresistenz erhöht und nicht die Lernkompetenz vermehrt.

Deswegen müssen wir am Beginn die richtigen Fragen identifizieren, wenn wir dahin kommen wollen, tragfähige und nachhaltige Lösungen zu finden. Und dazu will ich jetzt ganz konkret

³ Normales Tagesgeschäft

werden. Und natürlich wähle ich mir in einem solchen Zusammenhang welche aus, die nicht schon ganz gängig sind. Es soll ja Neuigkeitsgehalt haben.

Erstens: In der angelsächsischen Schulkultur gibt es ein ausgeprägtes Denken, das heißt: „Wir und unsere Schulen“. In der deutschen Schulkultur ist weithin bestimmend: „Ich und meine Klasse“. Was aber an Wirkung auf Menschen ausgeht von dem gesamtinstitutionellen Gefüge, die Schweizer nennen es Schulhauskultur, ist mindestens so wichtig wie das, was in einzelnen Klassen stattfindet.

Deswegen haben heute moderne Schulen etwas, was im angelsächsischen Bereich assembly heißt, ich übersetze das mit „Versammlung“. Mindestens einmal in der Woche trifft sich die Schulgemeinde, um wichtige Fragen kennen zu lernen, z.B.: „Wie kann ich mein Leben ernähren?“. Deswegen gibt es in einer Phase ein Halbjahresprogramm, wo jede Woche eine Person auf einer Versammlung, also vor allen erzählt, womit sie ihren Lebensunterhalt verdient. Wenn dies von 7 bis 10 Uhr geschieht, tritt mehr Erfahrung über Lebenswelt, Berufswelt, Ernährungsmöglichkeiten ein, als es jeder fachspezifische ArbeitslehrerIn - Unterricht leisten kann und sehr viel mehr als praktisch zu erreichen ist.

Die meisten, die ich kenne, die einmal 14 Tage oder drei Wochen während der Schulzeit ein Praktikum gemacht haben, haben eines gelernt: Vierfünftel sagen: „Das will ich nicht werden!“.

Aber damit ist die Berufsfindung nicht beantwortet und deswegen brauchen wir als Element der Schulkultur so etwas wie eine Versammlung, wo man die wichtigen Fragen vor allem in adäquater Weise präsentiert, z.B. dadurch, dass ein Lehrling im zweiten Lehrjahr erzählt, ob er diesen Lehrberuf wieder wählen würde.

Und diesen Menschen gibt es überall in der Nachbarschaft, man darf nur nicht fixiert sein auf die Chefärzte. Das macht auch nichts, weil die wenigsten Chefärzte werden.

Ich sage dieses, weil – Sie erinnern sich – Systeme sich gerne selbst verteidigen. Wenn man eine Schulkultur hat, wo ich und meine Klasse bestimmend sind und jetzt in diese Schulkultur eine Versammlungskultur einführen will, geht das nicht ganz leicht.

Meine Annahme ist, dass viele aus der Jugendverbandsarbeit, der Jugendarbeit im weitesten Sinne, sehr geeignet sind, um Personen zu gewinnen, die dies auf der Versammlung leisten können, was ich versucht habe zu beschreiben.

Und Sie hätten – über die Schule – einen Einfluss in die Mentalitätsprägung aller Jugendlichen, wie Sie es in Ihren häufig kleinen Gruppen nicht zustande bringen. Und deswegen ist sich um dieses zu kümmern, dass diese Versammlungen ein Regelement unserer Schulkultur werden und es dafür ein entsprechendes Programm gibt.

Der Titel heißt ja „Kooperation verwirklichen“ - ein sehr gutes, konkretes und leicht machbares Kooperationsprojekt von Schule und Jugendarbeit mit großer und nachhaltiger Wirkung.

Zweitens: Sie sind, dass ist hier auch verschiedentlich gesagt worden, mit Kindern und Jugendlichen anders zusammen als die häufig bewertende Schule. Moderne Lehr- und Lernkultur versucht, die Stärken zu stützen und nicht auf den Schwächen herumzuhacken.

Wer im informellen Bereich mit Kindern und Jugendlichen zusammen ist, kennt diese Kinder unter einem Gesichtspunkt, der über die Frage hinausgeht, wie gut sie im „Past Perfect“ sind. Und deswegen haben Sie eine große Chance, Portraits von Kindern und Jugendlichen zu beschreiben, mit denen Sie in Kontakt sind. Moderne Schulen stellen ihr Ziffernbewertungssystem auf das um, was man heute neuerdings Portfolio nennt. Auf Mappen, in denen Dokumente gesammelt sind, was Personen gemacht haben und was sie gut können, in denen sie Jugendliche charakterisieren aus der Begegnung mit ihnen. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt dessen, was sie gut können, wo sie sich selbst gerne einbringen etc., nehmen sie Einfluss auf die schulische Bewertungskultur im Interesse der Förderung von Kindern und Jugendlichen. Moderne ArbeitgeberInnen, die schauen sich solche Portfoliomappen an, weil sie gegen die Ziffernoten einen begründeten Zweifel haben.

Ich wähle dieses Beispiel, weil ich viele SozialpädagogInnen kenne, die finden, Bewerten ist vom Teufel; wo man versucht, eine Abgrenzung zu treffen zwischen Schulkultur und Jugendarbeit.

Ich empfehle Ihnen, nutzen Sie die Kenntnis ihrer Kinder und Jugendlichen, um das in Prozesse der Gesamtwürdigung von Personen mit einzubringen, was Sie an Stärken dieser Kinder und Jugendlichen wahrnehmen. Dann leisten Sie einen ungeheuer starken Förderbeitrag für alle und denken sie nicht, das sei zum Glück nicht Ihr Geschäft.

Drittens: Manche sagen ja, die Schwierigkeit von Schule sei in Deutschland insbesondere, dass sie von einem selektiven Geist durchdrungen ist, dass professionelle Schulpädagogen dazu neigen, den Rest der Welt mit einem defizitären Blick zu verfolgen. Das machen die meisten mit interessanten Begründungen, weil sie sagen: „Ich muss ja erst die Defizite identifizieren, um anschließend das Defizit ausgleichen zu können.“

Nobel gedacht. Das Problem ist nur, die allerwenigsten Menschen haben es gern, von professionellen Pädagogen mit einem Blick verfolgt zu werden, damit die anschließend an ihnen Defizitausgleich betreiben können. Deswegen sage ich, wir müssen in allen Lebensbereichen, also auch in der Schule, die Leitfrage stellen: „Wie kann ich zum Gelingen beitragen?“ Das ist der Auftrag!

Die Frage lautet nicht: „Wie kann ich das Scheitern nachweisen?“, sondern: „Wie kann ich zum Gelingen beitragen?“. Deswegen habe ich in den Einrichtungen, wo ich Einfluss habe, schulische Unterstützungsbüros eingerichtet. Da können Jugendliche, die was schreiben wollen, sei es eine Kleinanzeige, sei es ein Referat, sei es ein Liebesbrief, erst einmal das Produkt dort abgeben und sagen: „Guckt mal freundlich drauf, ob ihr Verbesserungsanregungen habt.“. Die schreiben das nicht um, aber die melden zurück: „So und so glauben wir, könntest Du das noch verbessern.“. Und so kann das so lange hin und her gehen, bis alle finden: „Jetzt ist etwas richtig gut.“.

Es könnte gut sein, dass die, die aus der Jugendarbeit kommen, weil sie eben nicht in der offiziellen Bewertungskultur der Schule eingebunden sind, besonders gut geeignet sind, solche Unterstützungsbüros zu realisieren. Also alle Anstrengungen darauf zu richten, dass jeder besser wird, und ihn nicht in einem Bereich scheitern lassen, um dann zu sagen: „Wie kriegen wir ihn in der Jugendhilfsausgleichsmaßnahme vielleicht zumindest soweit, dass er sozial nicht auffällig wird?“.

Nein, wir müssen im Regelsystem den Erfolg organisieren und nicht kompensatorische Einrichtungen in Folge von Misserfolgsorganisation versuchen zu schaffen. Ich komme gerade von einer großen Konferenz, wo vielleicht ein zukünftiger Kanzler geredet hat. Und da ist vorgerechnet worden, dass 800 000 Jugendliche heute in Überbrückungsmaßnahmen sind. Was das kostet! Wenn man das Geld in Förderleistung in die Regelsysteme stecken würde, dann stünden wir anders da!

Es muss ja nicht so sein, wie ich es beschreibe, aber das kenne ich, Unterstützungsbüros zu organisieren, dass die Arbeiten besser werden.

Ich kriege dann die LehrerInnen dazu, dass sie erst eine Arbeit annehmen, wenn sie gut ist. Welche Vernunft hat es, eine Arbeit zu schreiben, die man zu einem bestimmten Zeitpunkt abgeben muss, um dann zwei drittel schlechte Arbeiten zu haben?

Daran werden doch alle verrückt!

Also, was fällt uns ein, um das Gelingen zu organisieren statt die Selektion zu perfektionieren?

Viertens: Mein akademischer Lehrer und Freund Hartmut von Hentig hat sich zum 80. Geburtstag selbst ein Buch geschrieben, das heißt „Bewährung“. So ein 80 -jähriger Mann kann es sich leisten zu sagen: „Wenn ich mir angucke, was in den Jahren gemacht wird, wo die Kinder sagen ‚Die Eltern werden immer so schwierig‘ - also in der Pubertät ... wenn ich mir anschau, was dort gemacht wird in der Schule, kriege ich als weißhaariger Mann, ich weiß nicht was, dann fallen mir die Haare aus!“. Dass man in dieser Lebensphase, wo der Pickel auf der Nase das Weltbild bestimmt, die zweite Fremdsprache einführt ist schon ein kühner Akt. Und deswegen hat er ein

Buch geschrieben, das einzige Buch, das der Bundespräsident bei seiner Rede in der Rütli – Schule oder in der Nachbarschule zur Rütli – Schule in Berlin – Neukölln erwähnt hat. „*Bewährung*“ heißt es, da hat er den Gedanken entwickelt, dass man in diesen Pubertätsjahren möglichst viel Zeit außerhalb der Schule mit sinnvollen Projekten verbringen sollte, wenn man ein Interesse daran hat, dass die Lernfähigkeit erhalten bleibt und nicht der Lernunwille erzeugt wird. Lesen Sie das Buch - es ist verständlich geschrieben - und überlegen Sie, ob Sie die Agenturen werben können für die Realisierung dieses Programms. Sie haben die höchste intellektuelle Legimitation und sehr viel gesellschaftliche Resonanz.

Fünftens: Die meisten Lehrer und Lehrerinnen sind in aller Regel pädagogisch engagierte Menschen.

Ich lasse keine Gelegenheit aus, positiv über diesen Berufsstand zu reden. Die Menschen haben beste Absichten. Sie sind jedoch häufig in Systemzwängen, die etwas anderes daraus fabrizieren. Überlegen Sie mal, wenn Sie bestimmte SchüleInnen kennen und wissen, was die in ihrem Kontext Tolles machen, ob Sie eine Hotline einrichten und zu Lehrern und Lehrerinnen gehen und sagen: „Ich will Ihnen mal beschreiben, was diese Person für wunderbare Sachen macht.“?

Das ist Jugendhilfe - in das etablierte Bewertungssystem zu Personen Mitteilungen heranzutragen, was jemand kann, der möglicherweise mit dem Pythagoras Schwierigkeiten hat. Weil, wenn sich dadurch das Gesamtbild die Wertschätzung der Person gegenüber verändert, hat dies auch positive Wirkungen auf die schulischen Leistungen.

Kooperation kann man selten erzwingen. Kooperation gelingt, wenn Personen ein Interesse haben, mit anderen zusammen zu kommen. Und da darf man nicht warten, bis andere kommen sondern da muss man sich entschließen zu gehen. Und deswegen, wenn Sie Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene kennen, überlegen Sie mal, was ein machbarer Weg ist, um positive Rückmeldung zu geben an LehrerInnen über die Kinder und Jugendlichen, mit denen Sie Umgang pflegen. Die Antwort ist: Jugendhilfe.

Sechstens: In der traditionellen Schule ist die Kooperation mit den Eltern eher die Ausnahme als die gelingende Regel. Das Schulgesetz schreibt in der Regel zwei Elternabende vor.

Der erste Elternabend ist nach dem Schuljahresbeginn, da wissen die klügeren Eltern, die hingehen, man darf nichts sagen, sonst wird man gewählt.

Der zweite Elternabend ist in der Regel nach Ausgabe der Zeugnisse - auch nicht die Idealbedingung für eine gelingende Verständigung zwischen Elternhaus und Schule.

Meine Überlegung ist, wenn Sie sich zu Anwälten machen würden für gelingende Elternabende, würden Sie einen Einfluss nehmen auf die Entwicklung der Lernkultur, der überhaupt nicht zu überschätzen ist. Und klug und erfahren wie Sie sind, wäre Ihnen klar, die besten Elternabende sind Treffen der Kinder und Jugendlichen, der Eltern und der professionellen Pädagogen, weil in dem Augenblick, wo die Kinder dabei sind, verändert sich der Umgang zwischen den Erwachsenen, weil die LehrerInnen dazu neigen zu sagen: „Ich mache so tollen Unterricht, nur Ihr Kind passt nie auf.“. Und die Eltern sagen zu den Lehrern: „Wir wissen gar nicht, was das Problem ist. Zu Hause ist alles in Ordnung, nur in der Schule gibt es Schwierigkeiten.“. Wenn die Kinder dabei sind, lachen sie in beiden Fällen, weil sie wissen, die Erwachsenen schwindeln. Die produktive Begegnung lautet: Kinder, Erwachsene und professionelle Pädagogen gemeinsam.

Und Sie könnten, scheuen Sie sich davor nicht, einen regelrechten Lernablauf entwickeln für gelungene Begegnungen zwischen Kindern, Eltern und LehrerInnen. Sie wären eine dritte Instanz mit herausragender Bedeutung, weil die Verantwortungsgemeinschaft die Lösung ist, und die muss man organisieren.

Siebtens: Alle Lernkulturen, die erfolgreich sind, sagen: „Ein entscheidend wichtiges Element sind Projekte, Projekte.“ Projekte sind unterschiedlich in einzelnen Schulen, unterschiedlich in einzelnen Schulformen, und dennoch ist es zulässig zu sagen, dass unsere normale Schulkultur nicht durchzogen ist von Projektarbeit.

Meine Kenntnis von Jugendarbeit ist aber, dass dort die Projektkultur sehr viel stärker ausgeprägt ist. Treffen Sie in konkreten Vor-Ort-Verabredungen, wie Sie zwei Monate im Jahr aus der Schulzeit in Projektarbeit nutzen. Wenn einmal im Schuljahr eine Projektwoche nach der Zeugniskonferenz durchgeführt wird, dann kann man sie auch lassen. Das ist ja eine Maßnahme, um die Hilflosigkeit zu überspielen. Aber dass alles Wissen, alle Lernarbeit darauf ausgerichtet sein muss, dass man sie zeigt, das führt zu einem nützlichen Projekt.

Sonst hat das Lernen keinen Sinn, wenn man daraus nicht irgendeine Handlung, eine Sache erzeugen kann, die im allgemeinen Leben Bestand hat. Dafür braucht man deswegen mehr Projektzeit und Sie mit Ihren methodischen Erfahrungen aus diesem Bereich sind sehr geeignet, die Projektkultur in der Schulkultur zu verstärken.

Da ich noch ein Schlusswort sagen will, springe ich noch auf eines.

Wo immer man schaut, wo geredet, geschrieben wird über Jugendarbeit versus oder/und Schule, wird ein Gesichtspunkt herausgestellt, der heißt: Schule ist neutral und Jugendarbeit ist wertgebunden. Dies, wenn es so wäre, ist grundsätzlich falsch.

Erstens: Es gibt kein wertfreies Handeln. Wenn man so tut, als sei etwas rein objektiv, nüchtern, sachlich und so weiter, induziert man die Wertlosigkeit von Handeln. Also, es gibt keinen wertfreien Raum. Durch alles, was wir tun, erzeugen wir Wirkungen auf andere und zwar im Blick auf die Gesamtpersönlichkeit und nicht nur im Blick auf die trigonometrischen Formeln. Wir haben ein 20. Jahrhundert hinter uns, das das blutigste in der Menschheitsgeschichte ist - noch nie sind so viele Menschen industriell abgeschlachtet worden wie im 20. Jahrhundert. Die Bildungseinrichtungen waren nicht die Widerstandszentren - ich drücke mich mal sehr zurückhaltend aus - deswegen finde ich, dass alles, was wir tun, darauf ausgerichtet sein muss, dass wir in diesem Lande Zivilcourage als die wichtigste Bürgerinnen- und Bürgertugend lernen. Das sage ich einerseits den Schulen, die aus Unterdrückungseinrichtungen herauskommen müssen und das sage ich allen, die in der Jugendarbeit sind und sagen, sie seien wertorientiert. In dieser Frage, wie wir Zivilcourage stützen und stärken können, wie wir zu eigenständigen Wegen ermutigen können, wie wir den Widerspruch lernen können, wie wir lernen können, dass wir uns weigern, wenn wir die Anweisung bekommen, Gammelfleisch umzuetikettieren. In dieser großen Zielbestimmung kenne ich nur PädagogInnen und keine Spaltung zwischen Sozial- und SchulpädagogInnen.

Da kenne ich eigentlich nur Bürger. Und wir sind als Bürger gehalten, alle unsere Fähigkeiten zusammenzubringen und Zivilcourage zu stützen und zu stärken.

Deswegen habe ich den Vorschlag gemacht, dass mindestens einmal im Jahr in jeder Schule Personen öffentlich gewürdigt werden, die den Kleinen großen Mut im Alltag gezeigt haben.

Und wieder erhoffe ich mir und würde jeden in die Pflicht nehmen, der sagt: „Ich engagiere mich in der Jugendarbeit, weil ich da wertorientiert arbeiten kann.“ Jeden würde ich ansprechen und sagen: „Was tust du dafür, was Zivilcourage stützt und stärkt. Könntest du dazu nicht etwas beitragen, dass das in allen Einrichtungen geschieht?“

Und weil mir das so wichtig ist, habe ich einfach mal ein Plakat verfasst, da steht drauf:

*„Menschen,
die hinsehen, statt wegzuschauen,
die den Mund aufmachen, wo andere schweigen,
die sich einmischen, wo andere sich heraushalten,
die nicht nur im breiten Strom des Üblichen sondern bewusst auch gegen den Strom schwimmen,
die immer mal wieder bereit sind, selbst persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen, um größere
Nachteile für andere und für das Gemeinwesen zu verhindern,
solche Menschen zeigen Zivilcourage.“*

Ich bin gewissermaßen am Ende, in dem Versuch, Folgendes zu sagen:

Erstens: Wir müssen einen Ausgangspunkt wählen, zu fragen, was tut Kindern und Jugendlichen gut und wer kann was dazu beitragen und nicht was ist meine Zuständigkeit und was ist Deine und bitte kommen wir uns nicht ins Gehege.

Zweitens: An Beispielen zu illustrieren, wie das gelingen kann, wenn es Menschen wollen. Mein Schluss ist, Ihnen ein Angebot zu machen, wie das pädagogische Ethos aussehen kann, egal in welchem Bereich die Einzelnen tätig sind.

Da nehme ich noch einmal einen Anlauf und sage: Wahrscheinlich ist es weiterhin wichtig, das ABC zu lernen. Aber wenn das 21. Jahrhundert ein anderes werden soll als das 20. Jahrhundert, dann müssen wir wahrscheinlich alle gemeinsam das ABC neu buchstabieren lernen. Deswegen habe ich mich hingesezt und das gemacht.

- A: Eine Atmosphäre der Achtung, der Anerkennung und der Akzeptanz aufbauen.
- B: Die Bedürfnisse aller Beteiligten in ihrer Besonderheit berücksichtigen.
- C: Jeden Charakter seinem Charisma zuerkennen,
- D: Zum Durchblick drängen.
- E: Zu ernsthaften Einsichten einladen.
- F: Sich fehlerfreundlich verhalten.
- G: Gelingende Gemeinsamkeit genießen.
- H: Zum Helfen herausfordern, schulische Unterstützungsbüros.
- I: Immer wieder Initiativen initiieren.
- J: Ja-Sagern entgegenzutreten, Nein-Sagern Alternativen anbieten.
- K: Zu einem Klima der Kooperation beitragen und Konfrontationen kooperativ kontern.

Das machen Sie zum Leitmotiv für die Begegnung von Schule und Jugendarbeit.

- L: Auf die Lust am Leisten Wert legen und das Loben lieben.
- M: Mitmenschlichkeit mehren.
- N: Der Nähe zur Nachbarschaft nachspüren. Wer verdient in unserer Umgebung sein Geld womit? Sie erinnern sich, auf Versammlungen.
- O: Auf Offenheit hin orientieren. Mein Lieblingsthema Interkulturalität habe ich gar nicht angesprochen.
- P: Perspektiven planen, so wie Sie es sich vorgenommen haben.
- Q: Sich mit der Qualität des Querdenkens quälen.
- R: Räume für Ruhe schaffen.
- S: Nach Sinn und auch Sinneslust immer wieder suchen.
- T: Den Tag leben und das Tagewerk prüfen. Das Tagewerk prüfen, heißt jetzt auf :
Neudeutsch Evaluation.
- U: Unterschiede unterstützen und über Unvollkommenheiten nicht unzufrieden sein.
- V: Verantwortung vorleben.
- W: Wahrhaftigkeit wagen und widersprechen. Wie soll man Menschen aufbauen, wenn man ihnen immerzu ihre Fehler nachweisen will? Widersprüchen widersprechen.
- X/Y: Da habe ich Zuflucht zu den Chromosomen genommen. Sich in XX und XY einfühlen, die Verschiedenheiten gemeinsam genießen und miteinander versöhnen, das ist mein Beitrag zur neuen Koedukationsdebatte oder, wenn Sie ganz schick sein wollen, dann müssen Sie heute Gender sagen, dann sind Sie auf dem Stand der Zeit.
- Z: Zufriedenheit zeigen und Zuversicht immer wieder zutrauen und zumuten. Wenn wir das nicht tun, warum sollten dann Kinder und Jugendliche mit Vernunft und Zuversicht aufwachsen wollen?

Deswegen müssen wir gemeinsam alles dagegen tun, dass gerade die pädagogischen Berufe zu depressiven Versammlungen missraten. Wer diesen Weg gehen will, der braucht immer wieder etwas Mut. Deswegen habe ich ein Mut Plakat hergestellt, auf dem steht:

„Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen.“

Die SchülerInnen packen die Mutkarte in Mäppchen, und wenn ich da so herumgehe, sagen sie immer: „Otto, guck.“ Oder bevor sie eine Klassenarbeit schreiben, legen sie sie unters Kopfkissen am Abend vorher, dann schlafen sie drauf und am nächsten Tag geht alles wunderbar. Inzwischen habe ich Banker kennen gelernt, die haben die Mutkarte im Geldbeutel.

Also, ich habe Ihnen diverse Dinge mitgebracht: Zivilcourage, das ABC in Form eines Plakates, wo alle Buchstaben drauf sind und was darauf ist, sind 25 Postkarten, also je eine Postkarte pro Buchstabe, damit Sie bei passender Gelegenheit Ihrem liebsten Freund oder Ihrem ärgsten Feind die entsprechende Botschaft zukommen lassen können.

Damit Sie es nicht vergessen, an diesem Mut weiter zu arbeiten, habe ich Ihnen die Mutkarte mitgebracht. Das alles sind die guten Nachrichten. Die schlechte Nachricht heißt: Ich habe eine schwäbische Großmutter, von der habe ich gelernt, was nichts kostet ist nichts wert. Deswegen kostet die Mutkarte 1,- Euro, aber wo haben Sie für einen Euro schon so viel Mut bekommen? Damit bin ich mit meinem Werbeblock am Ende und mit der Sache auch. Herzlichen Dank.

„33 Personal Qualities needed for Development of a child“

Eine Fundsache im Himalayan Mountaineering Institute, Mount Everest Museum, Darjeeling/India
(www.himalayamountaineeringinstitute.com/Mountaineering-Museum.htm)

© 1997 * frei übersetzt von Otto Herz

Für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu eigenständigen und sozial verantwortlichen
Persönlichkeiten ist es förderlich, wenn sie ...

... sich selbst entdecken und sich selbst verwirklichen können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

... Verantwortung übernehmen
und sie den Nutzen von Disziplin erfahren können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

... Selbstbewusstsein entwickeln und Einsatzbereitschaft zeigen können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

... aufrichtig leben, sich bescheiden erweisen
und sich in harter Arbeit erproben können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

... eigenen Initiativen folgen können, sie die natürlichen Grundlagen
des Lebens schützen und sich zugehörig fühlen können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

... zur Entschlusskraft herausgefordert werden,
sie die notwendige Anpassungsbereitschaft beweisen,
sie schwierigen Aufgaben Aufmerksamkeit widmen können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

... sie sich begeistern und kreativen Weitblick zeigen können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

... scharfsinnig denken, Zeit bewusst einteilen
und Rechenschaft ablegen können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

... den Sinn in ihrer Arbeit kennen lernen und Entschlüsse fassen können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

... Werte achten und den ‚common sense‘ verstehen können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

... sich selbst und anderen Achtung entgegenbringen können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

... ein Gespür für Sprache, Mathematik, Naturwissenschaften,
Geographie und Geschichte entfalten können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

... sich in ihrer Körperkraft messen
und sie ihre geistige Wachheit trainieren können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

... ihrer Lust nach Abenteuern nachgeben und nachgehen, wenn sie sich in Zusammenarbeit üben
und sich auf ihr Selbst verlassen können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

... die eigene Nation verstehen
und internationales Bewusstsein ausbilden können

+++	++	+	0	-	--	---
-----	----	---	---	---	----	-----

4. Chancen und Grenzen von Kooperationen zwischen Jugendhilfe und Schule⁴



Prof. Dr. Thomas Olk,
Lehrstuhl für Sozialpädagogik und Sozialpolitik
Universität Halle – Wittenberga

Einleitung

Modelle und Handlungsansätze der Kooperation von Schule und Jugendhilfe werden in Deutschland seit den 70-iger Jahren realisiert.

Seitdem hat sich ein breites Spektrum von Kooperationsformen auf unterschiedlichen Ebenen – von der Zusammenarbeit zwischen örtlichen Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe mit Einzelschulen über unterschiedlich ausgestaltete Projekte der Schulsozialarbeit bis hin zu Formen der Kooperation von Jugendarbeit und Schule – herausgebildet.

Den meisten dieser Handlungsansätze und Projekte mangelt es jedoch an einer zeitlichen Kontinuität und Verlässlichkeit. Viele Projekte sind zeitlich befristet, leiden an unzureichender Ressourcenausstattung oder basieren auf unklaren oder divergierenden fachlichen Konzepten.

Neue Impulse gehen allerdings von der wieder aufgeflammten Diskussion um die Gesamtschule bzw. um die Ausweitung ganztägsschulischer Angebote aus, wie sie zurzeit insbesondere durch das Investitionsprogramm des Bundes „Zukunft Bildung und Betreuung“ 2003-2007 geprägt werden.

Die hiermit intendierte Ausweitung ganztägiger Lern- und Betreuungsangebote wird von hohen Anforderungen und Erwartungen begleitet, die von sozial- und familien- bis hin zu bildungspolitischen Zielsetzungen reichen.

Während sich die Initiative für einen Ausbau von Ganztagschulen im Rahmen der Bildungsreform der 60-iger und 70-iger Jahre noch ausschließlich auf die Schule als Träger dieser zusätzlichen Angebote konzentrierte, wird heute von vornherein auf außerschulische Kooperationspartner – und hier vor allem auf die Angebote, Träger und Leistungen der Jugendhilfe – gesetzt. Insofern gibt es also einen wichtigen Unterschied zwischen den Debatten um die Einführung der Ganztagschule in den 70-iger Jahren und der Forderung nach Ausweitung ganztägiger Angebote heute.

⁴ erscheint im Jahrbuch des Pestalozzi-Fröbel-Verbandes

Problematisch ist allerdings – und hier sind sich die Debatten damals wie heute wieder ähnlich –, dass auch gegenwärtig die Forderung nach einer verstärkten Kooperation von Jugendhilfe und Schule zumindest aus schulpädagogischer Sicht kaum durch eine Debatte um angemessene pädagogische und bildungspolitische Konzepte begleitet wird.

Zwar hat sich die akademische Sozialpädagogik selbstbewusst und offensiv zu Wort gemeldet und eine Erweiterung des Bildungsbegriffs sowie mit der Devise von „Ganztagsbildung anstelle von Ganztagschule“ einen eigenständigen Bildungsauftrag der Jugendhilfe im Kontext von Ganztagsangeboten eingefordert⁵.

Die vorliegenden Stellungnahmen aus der Schulpädagogik lassen allerdings nicht erkennen, inwieweit die sozialpädagogischen Beiträge zur Ganztagsbildung überhaupt als relevant erachtet werden und welche Positionen sie in diese Debatte einzubringen beabsichtigen⁶. Damit besteht erneut die Gefahr, dass pragmatisch auf der örtlichen Ebene mit neuen Formen ganztägiger Angebote experimentiert wird, ohne dass solche Modelle durch schulpädagogische Konzepte unterfüttert würden.

Damit könnte sich die Kooperation von Jugendhilfe und Schule erneut als ein „illegitimes Kind“ nun der neueren Bildungsreformdebatte erweisen.

Eine solche konzeptionelle Klärung ist allerdings erforderlich, weil die bildungspolitischen Ergebniserwartungen, die an die Ausweitung ganztagsschulischer Angebote gerichtet werden, äußerst anspruchsvoll und vielschichtig, z. T. aber auch widersprüchlich sind. Zusammenfassend lässt sich das Spektrum der Gründe, die zur Wiederentdeckung der Ganztagschule beigetragen haben, folgendermaßen formulieren:

- „Die Lernergebnisse (siehe PISA) sollen nicht nur für die schwächeren, sondern auch für die SchülerInnen mit besonderen Begabungen verbessert werden.
- Die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss soll verringert werden.
- Das achtjährige Gymnasium soll durch Stundenumverteilung (verpflichtender Nachmittagsunterricht) erreicht werden.
- Soziale Probleme in Schulen sollen gemildert werden (Brennpunktschulen).
- Kinder von Familien mit schwierigen Erziehungssituationen sollen unterstützt werden (Ganztagschule als Familienergänzung).
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll ermöglicht werden.
- Die Rückkehr gut ausgebildeter Frauen in den Beruf soll erleichtert werden.
- Die Neigung von Frauen, Kinder zu bekommen, soll erhöht werden.“ (Rother 2003, S. 61)

Destilliert man aus dieser umfangreichen Liste die beiden zentralen Zielbündel heraus, dann ergibt sich eine Mixtur aus bildungspolitischen und sozialpolitischen Zielsetzungen.

Während die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit dem sozialpolitischen Zielspektrum zuzuordnen ist, geht es in bildungspolitischer Hinsicht insbesondere um eine Verbesserung der Bildungsleistungen des deutschen Schulsystems im Vergleich zu anderen Ländern.

Bei der Umsetzung von Ganztagsangeboten in den Ländern lässt sich nun die fatale Tendenz erkennen, immer dort, wo es um die Bewältigung der Vereinbarkeitsprobleme durch Betreuungsangebote geht, die Jugendhilfe für zuständig zu erklären, während in den Fällen, in denen bildungspolitische Ziele im Mittelpunkt stehen, eine zentrale Verantwortung der Schule identifiziert wird.

Schon allein die hieraus resultierenden einseitigen und verkürzten Funktionszuweisungen an die Jugendhilfe lassen erahnen, wie wichtig eine Klärung der Beiträge der Jugendhilfe im Kontext von Ganztagsangeboten ist.

⁵ vgl. die einschlägigen Beiträge in Otto/ Coelen 2004, Otto/ Rauschenbach 2004 sowie Otto/ Oelkers 2006

⁶ vgl. Wunder 2005

Dass dieses Problem eine erhebliche Relevanz für die Jugendhilfe aufweist, zeigt sich auch daran, dass unter dem Druck knapper öffentlicher Finanzmittel überwiegend „additive“ Modelle ganztägiger Schulorganisation realisiert werden, die an den eigentlichen Merkmalen des herkömmlichen unterrichtszentrierten Schulsystems nichts Entscheidendes ändern.

In den meisten Fällen bedeutet Ganzttag unter diesen Bedingungen schlichtweg die Gewährleistung von Unterricht am Vormittag wie bisher und die zusätzliche Bereitstellung von Betreuungsangeboten am Nachmittag, die in der Regel durch außerschulische Fachkräfte (vor allem der Jugendhilfe, aber auch aus der Kulturarbeit etc.) mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen erbracht werden.

Die mit der Einführung erweiterter Ganztagsangebote verbundenen bildungspolitischen Ziele (differenzielle Förderung, Bekämpfung sozialer Benachteiligungen, insgesamt bessere Bildungsergebnisse) können auf diesem Wege natürlich nicht realisiert werden.

Denn in diesen Formen des Ganztagsbetriebs ist ein Lernen in sozial heterogenen Gruppen kaum mehr möglich und eine Kontinuität des Personals und der Lerngruppen ist faktisch unmöglich, weil die Angebote und Aktivitäten am Nachmittag von ganz anderen Akteuren geleistet werden als am Vormittag.

Auch auf den schulischen Unterricht bezogene Förderaktivitäten (wie Hausaufgabenhilfen), die nicht eng mit dem Unterricht rückgekoppelt sind, haben nur geringe Fördereffekte. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Jugendhilfe damit faktisch auf klassische, als überwunden geglaubte Kompensations- und Betreuungsfunktionen jenseits des eigentlich entscheidenden vormittäglichen Unterrichts verwiesen wird.

Das Bildungsverständnis der Jugendhilfe

Angesichts einer inzwischen ca. 35 Jahre umfassenden Entwicklungsgeschichte der Kooperation von Jugendhilfe und Schule muss es erstaunen, dass weder Klarheit hinsichtlich der Ziele und Aufgaben noch ein abgesichertes empirisches Wissen über die tatsächlichen Wirkungen unterschiedlicher Ansätze und Projekte der Kooperation von Jugendhilfe und Schule vorliegen. Dies gilt grundsätzlich sowohl für die Schulsozialarbeit im engeren Sinne als auch für Projekte der Kooperation von Jugendarbeit und Schule im Ganztagsbetrieb.

Die hiermit zusammenhängenden Probleme lassen sich am Beispiel der Schulsozialarbeit gut veranschaulichen. Ein großer Teil der Sozialarbeitsprojekte ist eingerichtet worden, um soziale Probleme wie das Auftreten gewaltbereiter Jugendcliquen, aggressives Verhalten zwischen SchülerInnen bzw. gegenüber LehrerInnen sowie unterschiedliche Formen des Drogenkonsums einzudämmen. In solchen Projekten der Schulsozialarbeit geht es ganz offensichtlich um die klassische Funktion der kompensatorischen Bearbeitung und Befriedung sozialer Problemlagen.

Darüber hinaus ging es aber seit Beginn von Schulsozialarbeitsprojekten in Deutschland immer auch um die Beteiligung der Jugendhilfe bei der Bearbeitung und Bewältigung von unterschiedlichen Ausdrucksformen des Schulleistungsversagens wie etwa Schulunlust und Schulfehlen, das Scheitern an den Leistungsansprüchen der Schule und am Übergang vom Bildungs- in das betriebliche Ausbildungs- bzw. Beschäftigungssystem.

So hat etwa Rademacker (vgl. 2002 sowie 2004) wiederholt darauf hingewiesen, dass es bei der Schulsozialarbeit hauptsächlich darum ginge, sozialpädagogische Hilfen für benachteiligte und integrationsgefährdete Kinder und Jugendliche zu organisieren, um die Chancengleichheit zu erhöhen und die Aussichten auf einen Schulerfolg auch für bildungsferne bzw. sozial benachteiligte Gruppen der Gesellschaft zu verbessern.

Folgt man dieser Ziel- und Aufgabenzuweisung, dann müsste sich der Erfolg von Angeboten und Leistungen der Schulsozialarbeit letztlich auf die Bekämpfung von Phänomenen wie fehlende Schulabschlüsse, defizitäre Schulleistungen sowie misslingende Übergänge in den Beruf

konzentrieren. Obwohl diese Position eine hohe Plausibilität für sich beanspruchen kann, so ist sie doch mit einigen Problemen und Schwierigkeiten verbunden.

Denn der Vergleich der Bildungssysteme in unterschiedlichen Ländern zeigt, dass die Quote der SchulabbrecherInnen, SchulwiederholerInnen und denjenigen Jugendlichen, die insgesamt am Schulsystem scheitern, zu einem erheblichen Teil Resultat der Funktionsweise und Struktur des Bildungssystems selbst ist, also durch entsprechende Reformen dieses Bildungssystems verändert werden könnte. Die Verantwortung dafür, dass die SchülerInnen gemäß ihren Voraussetzungen und Möglichkeiten gezielt und individuell gefördert werden und die Quote derjenigen, die an den Anforderungen des Schulsystems scheitern, möglichst gering gehalten wird, liegt also zunächst einmal im Bildungssystem selbst, und kann nicht an andere Institutionen delegiert werden. Umgekehrt bedeutet dies für die Schulsozialarbeit, dass sie jedenfalls nicht die alleinige Verantwortung für Phänomene des Schulversagens und der Chancenungerechtigkeit übernehmen kann sondern über einen eigenständigen Bildungsauftrag verfügt, der einerseits über schulische Bildungsziele im engeren Sinne hinausweist aber andererseits durchaus einen Beitrag zur Erhöhung von Chancengerechtigkeit und zur Qualität des Bildungswesens leisten kann.

Gerade die neuere Debatte um ein erweitertes Bildungsverständnis hat deutlich gemacht, dass die Jugendhilfe mit ihrem spezifischen Zugang zu Bildungsprozessen eigene Beiträge zur Kompetenzentwicklung, und hier insbesondere zum Aufbau sozialer und personaler Kompetenzen von SchülerInnen, leisten kann.

Dieser eigenständige Bildungsauftrag der Jugendhilfe am Ort der Schule bezieht sich zum einen auf grundlegende Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung, auf Prozesse der Entwicklung von Schlüsselqualifikationen (wie Teamfähigkeit, soziale Kompetenzen, Kompetenzen zur Bewältigung von Konflikten etc.) sowie auf Kompetenzen der Lebensführung in einer individualisierten und komplexen Welt⁷. Insgesamt machen diese kontroversen Positionen darauf aufmerksam, dass nach wie vor ungeklärt ist, ob sich Angebote der Schulsozialarbeit ausschließlich an bestimmte, nämlich benachteiligte und beeinträchtigte oder aber an alle SchülerInnen richten und ob sich diese Leistungen auch an das Lehrerkollegium sowie an das System Schule richten können.

Ähnliche Unklarheiten hinsichtlich der Ziel- und Aufgabenbestimmung lassen sich auch für die Kooperation von Jugendarbeit und Schule identifizieren.

Auch hier ließe sich danach fragen, ob die Angebote und Leistungen von Jugendarbeit im Kontext ganztags-schulischer Angebote eher auf Freizeitbeschäftigung, Betreuung und Entspannung zielen oder aber einen eigenständigen Bildungsauftrag beinhalten, der sich auf die Herausbildung sozialer und personaler Kompetenzen mittels spezifischer methodischer Herangehensweisen bezieht. Dabei rührte ein erheblicher Teil der bisherigen Schwierigkeiten der Aufgabenbestimmung von Jugendhilfe im Kontext von Schule darin, dass sich die Schule als eine Bildungsinstitution versteht, die Jugendhilfe dagegen als eine Dienstleistungsagentur gesehen wird, die mittels Beratungs-, Kriseninterventions- und gruppenpädagogischer Angebote Aufgaben der Intervention und Prävention übernimmt. Erst mit der Diskussion um den Bildungscharakter von Jugendhilfeleistungen verändert sich diese Ausgangslage grundlegend:

Mit einer bildungstheoretischen Begründung sozialpädagogischen Handelns scheint auch eine bessere Grundlage für die fachliche Legitimation von Kooperationsvorhaben von Schule und Jugendhilfe zu bestehen⁸.

Das hiermit angesprochene Bildungsverständnis hat das Bundesjugendkuratorium (BJK) in seiner Streitschrift „Zukunftsfähigkeit sichern! – Für eine neues Verhältnis von Jugendhilfe und Bildung“ sowie in weiteren Stellungnahmen und Diskussionspapieren erläutert.⁹

In diesen Papieren plädiert das BJK für ein erweitertes und umfassendes Verständnis von Bildung, in dem die Funktionen Bildung, Erziehung, Förderung und Betreuung in einem einheitlichen

⁷ vgl. BMFSFJ 2005 sowie Olk 2005

⁸ vgl. Hornstein 2002

⁹ BJK 2002; Münchmeier/ Otto/ Rabe-Kleberg 2002

Konzept des Kompetenzerwerbs integriert sind. Formale, non-formale und informelle Bildungsprozesse werden als gleichwichtig für den Prozess des biografischen Kompetenzerwerbs verstanden.

Aus diesem modernisierten Bildungsverständnis folgt, dass die verschiedenen pädagogischen Institutionen und Lernorte – also etwa Familie, Kindertagesstätten, Jugendhilfe, Schule, Berufsausbildung, außerschulische Bildungsangebote – in neuer Form verknüpft werden müssten. In diesem Zusammenhang bewertet das BJK die aktuelle Diskussion zum Aufbau und Ausbau von Ganztagschulen als eine Chance zur Schaffung einer „neuen Schule“ und einer „neuen Jugendhilfe“. So sollen die Schulen zu „Häusern des Lernens“ weiterentwickelt werden, in denen die SchülerInnen als mitwirkende Akteure in ihrer Subjektstellung anerkannt und beteiligt werden, unterschiedliche Fachkräfte und Professionen kooperieren, Eltern an der Ausgestaltung des Schulalltags beteiligt werden und sich die Schule selbst als ein aktiver Teil des Gemeinwesens versteht.

Eine Schule, die von einem solchen umfassenden Bildungsverständnis geprägt ist, kann natürlich nicht als klassische Unterrichtsschule organisiert werden; sie wäre ein pädagogischer Ort, an dem neue Wege des Lernens und der Bildungsförderung erprobt und insbesondere auch eine Förderung sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher betrieben würde.

Hierzu kann die moderne Kinder- und Jugendhilfe mit ihren spezifischen Kompetenzen wichtige Beiträge liefern und müsste – so das BJK – am Ort der Schule ihre eigenen Bildungs- und Förderbeiträge eng mit denen der schulischen Seite verzahnen, was über herkömmliche Verständnisse von Kooperation weit hinausreichen würde.

In einer solchen Schule, die kein rein additives System von Unterricht am Vormittag und Bildungs-, Erziehungs- und Freizeitangeboten am Nachmittag sein könnte, wäre eine Gleichwertigkeit unterrichtlicher und außerunterrichtlicher Beiträge von Erziehung, Bildung, Förderung und Betreuung realisiert sowie eine innere und äußere Öffnung der Schule möglich, in deren Rahmen auch die Kinder- und Jugendhilfe wesentliche Beiträge leisten könnte.

Bereits diese programmatisch-konzeptionellen Thesen und Aussagen des BJK verweisen darauf, dass sich Jugendhilfe im Kontext der Ganztagschuldebatte als eine Bildungsinstitution präsentiert, die aufgrund ihrer besonderen Fachtradition und praktischen Erfahrungen in speziellen Handlungsfeldern ein Bildungsverständnis vertritt, das sich von dem herkömmlichen schulischen Bildungsverständnis unterscheidet, aber gerade deshalb einen wichtigen Beitrag zur pädagogischen Strukturierung von Ganztagsangeboten leisten kann. Dabei repräsentiert die Jugendhilfe in Absetzung von den kognitiven, schulisch-curricularen Lernformen die stärker auf Erfahrung und Lebenswelten bezogenen Lernformen, wie sie sowohl in der außerschulischen Jugendarbeit und Jugendbildung als auch in der Jugendsozialarbeit entwickelt und erprobt worden sind.

Der eigentümliche Zugang der Jugendhilfe zu Bildungsprozessen ist die ihren Interventionen und Maßnahmen zugrunde liegende „*Lebensweltorientierung*“¹⁰. Ausgangspunkt für alle Förderungs- und Bildungsmaßnahmen ist die Orientierung an den Lebenslagen und Lebensverhältnissen sowie den Deutungsmustern, Sichtweisen und Handlungsressourcen der Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Eltern. In jugendhilfespezifischen Bildungsprozessen geht es stets darum, die Eigenverantwortung und Teilhabemöglichkeiten der AdressatInnen zu stärken und die vorzufindenden Ressourcen der Beteiligten einzubeziehen. Aufgrund der spezifischen Aufgabenstellung der Jugendhilfe geht es bei diesen Bildungsprozessen nicht primär um die Vermittlung kognitiver Wissensbestände und an Verwertung orientierter Spezialkompetenzen, sondern primär um die Vermittlung von „*Kompetenzen zur Lebensbewältigung*“ und Formen der Persönlichkeitsbildung.

¹⁰ Thiersch 1997

Meilensteine für eine Weiterentwicklung der Kooperation von Schule & Jugendhilfe

Die größten Handlungsspielräume und Chancen für innovative Entwicklungsprozesse von Kooperationen zwischen Jugendhilfe und Schule sind nach wie vor auf der untersten Ebene des Bildungs- und Sozialsystems, nämlich in den einzelnen Schulen, zu erwarten.

Solche Spielräume für Schulentwicklungsprozesse entstehen im Wesentlichen aus zwei Gründen:

1. Zum einen ist im Kontext der bildungspolitischen Debatte nach PISA im Einklang mit der neueren Schulforschung erneut die zentrale Bedeutung der einzelschulischen Ebene für die Weiterentwicklung des deutschen Bildungssystems betont worden.

2. Zum anderen ergeben sich neue Handlungsspielräume bereits daraus, dass mit der Initiierung von Entwicklungsprozessen hin zu ganztags schulischen Angeboten der institutionelle Variationsspielraum für unterschiedliche Gestaltungsformen auf der Ebene der Einzelschule anwächst. Unter dem globalen Veränderungsdruck von außen (neue Formen familiärer Lebensführung, PISA – Schock, Vereinbarkeit von Familie und Beruf etc.) entstehen also (Spiel-) Räume für Reforminitiativen von unten, in deren Verlauf sich die Schule nach innen und außen öffnet, unterrichtliche und außerunterrichtliche Angebote miteinander verzahnt sowie Kooperationsprozesse von Schule und Jugendhilfe vorangetrieben werden können.

Auch wenn die Rahmenbedingungen (z. B. durch die Beschränkung auf „additive“ Formen der Ganztagsbeschulung) nicht immer günstig sind, so können dennoch innovative Formen der Zusammenarbeit zwischen schulischen und jugendhilfespezifischen Akteuren und Trägern eingeleitet, unterrichtliche Prozesse durch lebensweltliche Themen und Lernformen erweitert sowie neue Angebotsformen (wie Kultur-, Freizeit-, soziale Lern- und Erfahrungsprogramme) entwickelt werden.

Dabei werden die Auswirkungen auf Lernprozesse umso größer sein, je mehr es gelingt, intensive Formen der Kooperation zwischen den beteiligten Berufsgruppen und Akteuren zu entwickeln und die strikte Trennung zwischen vormittäglichem Unterricht (durch LehrerInnen) und nachmittäglicher Betreuung (durch Fachkräfte der Jugendhilfe und anderen Berufsgruppen) zu überwinden.

Dabei liegt auf der Hand, dass solche Prozesse der „bottom up“ (von unten nach oben) Reform auf der einzelschulischen Ebene „top down“ durch die Veränderung von örtlichen, regionalen und überörtlichen Rahmenbedingungen unterstützt und gefördert werden müssen.

Aus diesem Grunde sollen im Folgenden zentrale „Meilensteine“ einer Strategie der Weiterentwicklung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule auf einzelschulischer, örtlicher sowie überörtlicher Ebene diskutiert werden¹¹.

Klärung des eigenen Auftrages

Bei der Ausgestaltung konkreter Kooperationsbeziehungen zwischen Schule und Jugendhilfe im Rahmen des Ganztagsbetriebs geht es um nichts weniger als um die Neuverteilung von Aufgaben zwischen mindestens zwei Institutionen (Schule und Jugendhilfe, aber auch Wirtschaftsunternehmen, Kultureinrichtungen und -verbände etc.) bei der Umsetzung eines nun umfassender verstandenen Bildungsauftrages, der sowohl formelle als auch nicht formale und informelle Bildungsprozesse einschließt.

Dies setzt voraus, dass die beteiligten Institutionen ihren eigenen Bildungsauftrag klären und im Kontext von Kooperationsverhandlungen der jeweils anderen Seite verdeutlichen.

¹¹ vgl. auch Olk 2004 und 2005 sowie Maykus 2005

Ohne eine sorgfältige konzeptionelle Bestimmung des jeweils spezifischen (Bildungs-)Auftrages und derjenigen Anteile, die beide Seiten in eine mögliche Kooperation einbringen können, sind – angesichts bisheriger Erfahrungen mit Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule – unproduktive Formen des Nebeneinanderherarbeitens bzw. Über- und Unterordnungsverhältnisse sowie wechselseitige Missverständnisse programmiert.

Auf der Ebene der Einzelschule erfordert die Kooperation von Jugendhilfe und Schule also eine sorgfältige Planung und Koordination der spezifischen Beiträge beider Seiten.

Der Grund hierfür liegt darin, dass sowohl bei der Schulsozialarbeit im engeren Sinne als auch bei der gemeinsamen Verantwortung eines ganztägigen Bildungsangebotes zwei unterschiedliche Institutionen – und im Falle des Ganztagsbetriebs auch noch mehr Partner – bei der Realisierung eines übergreifenden und umfassenden Bildungsauftrages zusammenwirken.

Dieser Bildungsauftrag reicht von der differenziellen Förderung unterschiedlich leistungsfähiger Schülergruppen über die Verbesserung der Schulerfolgchancen benachteiligter Schülergruppen bis hin zur gemeinsamen Gestaltung des Lernens und Lebens an der Ganztagschule.

Um in diesem Sinne optimale Ergebnisse erreichen zu können, ist auf der Ebene der Einzelschule eine gemeinsame Konzeption zu erstellen, aus der der Kooperationsbedarf und Kooperationsnutzen sowie die jeweils spezifischen Leistungsbeiträge der beiden Institutionen Schule und Jugendhilfe klar hervorgehen.

Für den Aufbau von Kooperationsstrukturen ist daher die Gründung einer Projektgruppe „Schulsozialarbeit“ bzw. „ganztags schulische Angebote“ an der Einzelschule erforderlich, in der neben einem Vertreter der Schulleitung, der Lehrerschaft und der Jugendhilfe auch Vertretungen der Schülerschaft und der Elternschaft beteiligt sein sollten.

Eine enge Verzahnung und Verschränkung der Leistungsbeiträge des Lehrerkollegiums und des Teams der Schulsozialarbeit bzw. des Trägers der Jugendarbeit setzt darüber hinaus voraus, dass auch die Vertreter der sozialpädagogischen Seite – ob nun mit beratender oder beschließender Stimme – an den schulischen Gremien mitwirken und auf diese Weise in die einschlägigen schulischen Diskussions- und Reformentwicklungsprozesse einbezogen werden.

Da spezifische Leistungs- und Aufgabenschwerpunkte der Einzelschulen im Rahmen von Schulprofilen und Schulprogrammen formuliert werden, ist es erforderlich, sowohl die Schulsozialarbeit als auch gegebenenfalls die außerschulischen Partner der Schule in den Entstehungsprozess solcher Schulprofile bzw. Schulprogramme einzubeziehen, auch wenn die Schulprogramme grundsätzlich eine innerschulische Angelegenheit bleiben.

Insbesondere hinsichtlich der ganztags schulischen Angebote muss grundsätzlich offen gehalten werden, ob das ganztägige Bildungsangebot an einem Ort – hier also in der Schule – angeboten oder aber auf unterschiedliche Lernorte (wie etwa vormittags Schule, nachmittags offene Jugendeinrichtung) verteilt werden soll.

Wenn es zutrifft, dass nicht nur die Schule im engeren Sinne, sondern auch Einrichtungen und Angebote der Jugendhilfe eigenständige Bildungsorte darstellen, dann wäre es widersinnig, eine Monopolisierung des Bildungsgeschehens am Ort der Schule zu fordern.

Vielmehr eröffnet ein erweitertes Bildungsverständnis den Blick auf Kooperationsmodelle, bei denen unterschiedliche Lernorte und Logiken des Kompetenzerwerbs in neuer Form vernetzt werden. Allerdings setzt dies ebenso voraus, dass die Träger und Einrichtungen der Jugendhilfe ihr spezifisches Verständnis von Bildung präzisieren und ihre spezifisch sozialpädagogischen Beiträge zur Gestaltung von schulisch relevanten Bildungsprozessen klar definieren und kalkulierbar machen.

Selbst wenn alle Partner am Ort der Einzelschule grundsätzlich dazu bereit und motiviert sind, in Kooperationsprozesse einzusteigen und einen gemeinsam definierten Bildungsauftrag arbeitsteilig zu erfüllen, können sich dennoch Hemmnisse und Stolpersteine im Kooperationsprozess zeigen,

die strukturell bedingt sind und etwa mit den unterschiedlichen professionellen Erwartungshaltungen und Berufskulturen zu tun haben.

So sind etwa LehrerInnen gewohnt, als „Einzelkämpfer“ vor der Klasse zu stehen und wesentliche Anteile ihres beruflichen Alltags allein und selbstverantwortlich zu bewältigen¹². Probleme im Unterricht bzw. mit einzelnen Klassen oder SchülerInnen werden eher selten mit KollegInnen besprochen.

Umso weniger sind sie gewohnt, mit Angehörigen eines anderen Berufes – hier der Sozialpädagogik – zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus zeigen empirische Studien, dass sich LehrerInnen über die Ziele und Arbeitsweisen der Jugendhilfe nur wenig informiert fühlen. Umgekehrt ist die Orientierung der Fachkräfte der Jugendhilfe auf LehrerInnen nicht selten durch eigene problematische Schulerfahrungen und einer Kritik an der leistungsorientierten Schule geprägt.

Aus solchen Diskrepanzen und Unsicherheiten in den wechselseitigen Erwartungen können sich erhebliche Probleme in der Zusammenarbeit ergeben. Es ist daher sehr wichtig, dass bereits auf der Ebene der Einzelschule verbindliche Absprachen über gemeinsame Zielsetzungen erfolgen und die Kooperation „auf Augenhöhe“ erfolgt. Ziel solcher Anstrengungen muss es sein, weit verbreitete Mechanismen und Routinen der Kooperationsvermeidung bzw. der additiven oder sequenziellen Arbeitsteilung zu überwinden.

Im Bereich der einzelfallbezogenen Kooperation sind hiermit Formen der Arbeitsteilung gemeint, bei denen die LehrerInnen solche SchülerInnen, die den Unterricht stören bzw. spezifische Probleme aufwerfen, an die Schulsozialarbeit weiter verweisen, und sich dann aus dem weiteren Prozess der Problemlösung zurückziehen.

Mit Blick auf den Ganztagsbetrieb sind Formen der Arbeitsteilung gemeint, bei denen die LehrerInnen am Vormittag – wie gehabt – Unterricht erteilen und am Nachmittag die Fachkräfte der Jugendhilfe Entspannungs-, Freizeit- und allgemeine Jugendbildungsaufgaben übernehmen. Beide Formen der „unechten“ Arbeitsteilung gilt es zu überwinden, da die Schule die Verantwortung für misslingende schulische Bildungsprozesse nicht delegieren kann und eine echte Ganztagsbildung auf eine „Rhythmisierung“ des Ganztages hinausläuft, bei der sich die Beiträge der LehrerInnen und der Fachkräfte der Jugendhilfe über den gesamten Tag verteilen.

Dass hiermit komplexe Fragen der Arbeitszeitgestaltung und der Bereitstellung sächlicher und zeitlicher Ressourcen berührt sind, ist offensichtlich und verweist auf die zentrale Bedeutung der Gestaltung struktureller Rahmenbedingungen für echte Kooperationsprojekte.

Schule und Schulentwicklung als Bestandteile sozialräumlicher Infrastruktur

Bei der Klärung pädagogischer Ziele und der jeweiligen Beiträge der einzelnen Kooperationspartner geht es keineswegs darum, die weiter bestehenden Unterschiede zwischen Schule und Jugendhilfe einzuebnen.

Ziel ist es vielmehr, nach der Bestimmung übergreifender Gesamtziele die jeweiligen spezifischen Beiträge der einzelnen Partner zur Erreichung dieser Ziele zu bestimmen und im Prozess der kooperativen Umsetzung die relative Eigenständigkeit bei der Realisierung der Teilziele wechselseitig zu respektieren und zu erhalten. Dabei beschränkt sich der Kooperationsprozess keineswegs darauf, nach innen die jeweiligen Handlungsfelder zu bestimmen sowie Schnittstellen und Formen der Kooperation zu identifizieren. Vielmehr muss es darüber hinaus darum gehen, im Außenverhältnis zum umliegenden Sozialraum mögliche Kooperationsstrukturen mit weiteren außerschulischen Partnern zu finden und den eigenen Beitrag zur Gestaltung sozialräumlicher Kontexte und Angebotsstrukturen zu definieren.

¹² vgl. Olk/Speck 2001

Für die Entwicklung von Kooperationsstrukturen ist also sowohl relevant, welche außerschulischen Partner und Ressourcen die einzelne Schule für die Erfüllung ihres Bildungsauftrages nutzen kann als auch die Frage danach, welche Beiträge die Schule selbst für die anderen Akteure und Angebote des Sozialraums leisten kann.

Ebenso wie z. B. die Lehrwerkstatt eines Unternehmens, ein Jugendverband oder ein Sportverein für die Bereicherung des schulischen Lernens und Lebens interessant sein können, so kann die Schule wiederum selbst (etwa durch ihre Pausen- und Spielflächen, ihre Sporthalle aber auch durch ihre bildungspolitische Kompetenz) wichtige Beiträge für die lokale Infrastruktur im umliegenden Stadtgebiet oder Sozialraum liefern.

Diese Hinweise verdeutlichen, dass Schulen ganz allgemein und ganz besonders Ganztagschulen relevante Bestandteile der sozialräumlichen Infrastruktur sind. Schulentwicklungsprozesse sind daher Teil von Prozessen der Stadtentwicklung.

Diese infrastrukturelle Relevanz von Schulen erhöht sich, wenn sich die Schulen gegenüber ihrem umliegenden Gemeinwesen öffnen und auf diese Weise ihre Kooperationsbeziehungen zu außerschulischen Partnern intensivieren. Zwar arbeitet ein erheblicher Teil der Schulen bereits heute mit außerschulischen Partnern zusammen¹³, allerdings beschränkt sich diese Zusammenarbeit noch viel zu sehr auf herkömmliche Partner einer unterrichtsbezogenen Schule, wie etwa Schulpsychologen, örtliche Beratungseinrichtungen oder die Agentur für Arbeit. Gerade mit der Ausweitung von ganztagsschulischen Angeboten wird es aber erforderlich, auch Netzwerke unter Einschluss weiterer Partner wie etwa Jugendverbände, Kultur- und Freizeitvereinigungen, Wirtschaftsunternehmen sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln.

Dabei belegen Erfahrungen aus der Schulsozialarbeit¹⁴, dass die Schule selbst und ihre zentralen Akteure oft bei dieser Aufgabe überfordert sind und insbesondere Jugendhilfefachkräfte mit ihren spezifischen Kompetenzen und Erfahrungen einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung von Schulen mit ihrem sozialen Umfeld leisten können.

Grundständige Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildung

Bisherige Schwerpunkte und Routinen der grundständigen Ausbildung sowohl von LehrerInnen als auch von Fachkräften der Jugendhilfe sind kaum geeignet, die Motivationen, Kompetenzen und Handlungsstrategien zur Kooperation zu fördern.

So werden LehrerInnen nach wie vor ausschließlich auf die Durchführung von Unterricht und die Fachkräfte der Jugendhilfe vornehmlich auf sozialpädagogische Arbeitsweisen und Methoden vorbereitet.

Um bereits von Beginn an eine solide Grundlage für die Entwicklung von Kooperationskompetenzen sicherzustellen, bedarf es einer Verstärkung und Vertiefung der Verknüpfungen der schul- und sozialpädagogischen Ausbildung und der systematischen – und nicht nur zufälligen – Verankerung entsprechender Ausbildungsinhalten in die Curricula.

Darüber hinaus sind gemeinsame Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen von besonderer Bedeutung. LehrerInnen sowie Fachkräfte der Jugendhilfe benötigen bei der Entwicklung ganztagsschulischer Angebote gezielte Unterstützungen bei der Weiterentwicklung ihrer berufsspezifischen Kompetenzen für solche Kooperationsvorhaben.

In solchen möglichst gemeinsam durchzuführenden Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen geht es sowohl darum, das Wissen über die Ziele, Aufgaben und Methoden des jeweils anderen Berufes zu vertiefen als auch kooperationsbezogene Kompetenzen der Gestaltung (ganztags) schulischer Angebote zu entwickeln.

Auch Formen des kollegialen Erfahrungsaustausches, der Selbstevaluation und der Qualitätsentwicklung können zur Qualifizierung ganztagsschulischer Angebotsentwicklungen beitragen.

¹³ vgl. Lipski/Behr-Heintze 2005

¹⁴ vgl. Olk/Bathke/Hartnuß 2000

Verzahnung der örtlichen Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung

Sowohl Projekte der Schulsozialarbeit als auch Ganztagsangebote sind Bestandteil der örtlichen bzw. regionalen Infrastruktur und müssen sich daher in besonderer Weise dem regionalen Bedarf und den spezifischen örtlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten anpassen.

Dies erfordert aber nicht nur eine einzelschulische sondern zusätzlich eine örtliche Entwicklungsplanung, sowohl aus der Sicht der schulischen als auch aus der Sicht der Jugendhilfeinfrastruktur vor Ort. Insofern ist eine Einbettung solcher konkreter einzelschulischer Projekte und Entwicklungsprozesse in die regionale Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung erforderlich.

Dies gilt schon deshalb, weil hier auch Schnittstellen zwischen Kindertagesstätten und Grundschule, zwischen schulischen und außerschulischen Betreuungsangeboten für Schulkinder sowie hinsichtlich des Übergangs von Schule zu Beruf berührt sind. Insofern bedarf es einer Analyse des örtlichen Bedarfes unterschiedlicher Infrastruktureinrichtungen, der Planung von Angeboten und der Herstellung von Verknüpfungen und Vernetzungen.

Ein erster Schritt hierzu ist eine engere Verzahnung von Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung¹⁵.

Die diesbezüglichen Schwierigkeiten sollten nicht unterschätzt werden. Allerdings gibt es angesichts der aktuellen Entwicklungen auch neue Chancen. So war die Schulentwicklungsplanung bislang eine eher technisch orientierte, an quantitativen Ausstattungszahlen orientierte Standort- und Versorgungsplanung. Jugendhilfeplanung weist dagegen seit jeher einen fachpolitischen und prozessualen Charakter auf, ist beteiligungsorientiert und konzentriert sich sowohl auf Fragen quantitativer Ausstattung als auch qualitativer Konzeption. Ferner sind auch die Planungsräume und damit das Sozialraumverständnis beider Planungsbereiche keineswegs von vornherein kompatibel. Allerdings verbessern sich mit den neuen Entwicklungen im Schulbereich die Kooperationsmöglichkeiten.

In dem Maße, wie sich auch Schulentwicklungsplanung zunehmend mit qualitativen Aspekten der Entwicklung von Einzelschulen in unterschiedlichen Sozialräumen auseinandersetzen muss, wie die Entwicklung von Schulprogrammen und Profilen auch qualitative Planungsfragen aufwirft, verbessern sich die strukturellen Voraussetzungen für eine engere Verzahnung kommunaler Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung. Ganz in diesem Sinne spricht der Deutsche Städtetag von einer „erweiterten“ Schulträgerschaft, um auf neue Anforderungen an kommunale Schulentwicklungsplanung angemessen reagieren zu können¹⁶.

Da Schulen – so die Argumentation – nicht mehr ausschließlich Lernorte zur Vermittlung kognitiven Wissens darstellen, sondern vielfältige Bildungs- und Erziehungsaufgaben übernehmen (auch die verstärkte Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie Medienkompetenz), zunehmend Einrichtungen mit Ganztagsbetrieb werden und sich gegenüber ihrer sozialräumlichen Umwelt öffnen, sehen sich viele Städte und Landkreise dazu herausgefordert, das herkömmliche Verständnis von Schulträgerschaft zu erweitern, eigene Moderations- und Koordinationsfunktionen zu übernehmen und ein neues, auf Gestaltung und Vernetzung angelegtes Verständnis von Schulträgerschaft zu entwickeln.

Wenn es zutrifft, dass sich mit der verstärkten Realisierung von Projekten der Schulsozialarbeit sowie von Ganztagschulkonzepten die Überschneidungsbereiche zwischen Schule und Jugendhilfe auf örtlicher Ebene ausweiten, dann muss in Zukunft verstärkt dafür Sorge getragen werden, dass sich dies in entsprechenden Planungsprozessen im Schul- und Jugendhilfebereich auswirkt, und dass auf dieser Ebene eine engere Verknüpfung beider Planungsbereiche vorgenommen wird.

¹⁵ vgl. Merchel 2004

¹⁶ Hebborn 2004

Kooperation von Jugendhilfe und Schule als kommunalpolitische Verantwortlichkeit

Hinter dem Problem der Entwicklung einer auf den örtlichen Sozialraum orientierten Schul- und Jugendhilfeplanung verbirgt sich eine weitere Herausforderung.

Die Weiterentwicklung und Vertiefung der Kooperation zwischen beiden Systemen bedarf nämlich der Absicherung oberhalb der konkreten Zusammenarbeit zwischen Einzelschulen und einzelnen Trägern der Jugendhilfe. Hier gibt es allerdings erhebliche Barrieren und Probleme, da Schule bzw. Bildungssystem und Jugendhilfe zwei pädagogische Systeme darstellen, die auf unterschiedlichen Ebenen gesteuert und damit sowohl im Hinblick auf ihre Ressourcen als auch im Hinblick auf ihre Ziele und Inhalte unabhängig voneinander ausgestaltet werden.

So werden die Ziele, Leistungen und Zuständigkeiten der Jugendhilfe durch ein Bundesgesetz (das Kinder- und Jugendhilfegesetz) rechtlich geregelt und die Durchführung der Jugendhilfeaufgaben stellt eine Selbstverwaltungsangelegenheit der Kommunen dar.

Dagegen ist die Definition der Ziele und Inhalte schulischer Bildung inklusive der Ausformulierung von Curricula, Lehrplänen und Stundentafeln auf der Ebene der Bundesländer angesiedelt, während die Kommunen als „äußere“ Schulträger lediglich für die Schulbauten und die sächliche Ausstattung zuständig sind.

Diese „strukturellen Unvereinbarkeiten“ zwischen den Systemen Schule und Jugendhilfe führen dazu, dass oft genug konzeptionelle und strategische Abstimmungen zwischen beiden Seiten ausbleiben und gegebenenfalls notwendige Kooperationspartner unter großen Mühen fallspezifisch – auf der Ebene der Einzelschule – gesucht und gefunden werden müssen.

Eine strategische Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe im Ganztagsbetrieb wird aber ohne konzeptionelle und inhaltliche Abstimmungsprozesse kaum gelingen.

So wäre es völlig unzureichend, wenn – wie es sich z. T. gegenwärtig abzeichnet – einzelne Schulen im Rahmen der Gestaltung von Ganztagsangeboten isoliert auf Partnersuche gehen und Dienstleistungs- bzw. Kooperationsverträge mit zufällig gefundenen freien Trägern der Jugendhilfe abschließen. Würde man sich ausschließlich auf solche Abstimmungsprozesse auf der untersten Ebene verlassen, dann würde die Kooperation von Schule und Jugendhilfe unter Ausschluss der eigentlichen Steuerungsgremien des Systems der Jugendhilfe – also den Kinder- und Jugendhilfeausschüssen, der kommunalen Jugendhilfeplanung und den örtlichen Jugendämtern – erfolgen. Dies würde bedeuten, dass Art und Qualität der Kooperationsprozesse von der Zufälligkeit der Gegebenheiten auf einzelschulischer Ebene abhängen.

Wenn es also zutrifft, dass der Kooperationsbedarf zwischen beiden Seiten zunimmt, dann ist es erforderlich, die beiden Systeme Schule und Jugendhilfe wechselseitig kommunikations- und dialogfähig zu machen. Die Ansatzpunkte hierfür liegen sowohl auf der örtlichen als auch auf den überörtlichen Ebenen. Auf der örtlichen Ebene muss es – wie skizziert – darum gehen, auch auf der schulischen Seite einen Ansprechpartner für die auf kommunaler Ebene planende und wirkende Jugendhilfe zu schaffen.

Die programmatische Leitformel hierfür ist die Forderung nach einer „Kommunalisierung“ der Schulen¹⁷. Kommunalisierung der Schulen meint hierbei – wie skizziert – sowohl eine Öffnung der Einzelschulen gegenüber ihrem sozialräumlichen Umfeld als auch eine Erweiterung und Qualifizierung der Kompetenzen und Möglichkeiten kommunaler Schulträgerschaft sowie kommunaler Schulentwicklungsplanung.

Erweiterte Schulträgerschaft meint hier, dass auch die örtlichen Schulverwaltungsbehörden – soweit dies für die Entwicklung der örtlichen Infrastruktur erforderlich ist – konzeptionelle und inhaltliche Kompetenzen im Rahmen einer fachlichen Weiterentwicklung der schulischen Infrastruktur übertragen bekommen, ohne dass die grundsätzliche Zuständigkeit der Länderebene für Bildungsstandards und Curricula eingeschränkt werden würde.

¹⁷ vgl. Deinet 2004

Darüber hinaus geht es darum, dass kommunale Politik und Gremien verstärkt Verantwortung für eine koordinierte Infrastrukturentwicklung sowohl im schulischen als auch im Jugendhilfebereich übernehmen. Dies kann nur geschehen, wenn der Förder- und Unterstützungsbedarf junger Menschen im Kontext örtlicher Entwicklungsprozesse und örtlicher Infrastruktur gesehen und hierauf abgestimmt Planungsprozesse auf kommunaler Ebene initiiert werden.

Ganz in diesem Sinne haben bereits einige Städte damit begonnen, ein kommunales Bildungsleitbild zu entwickeln und sich selbst verstärkt als bildungspolitische Akteure wahrzunehmen. Wenn nicht nur Schulen, sondern auch Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe, der Jugendarbeit, der Kultur- und Freizeitarbeit, Volkshochschulen und Kindertagesstätten zur kommunalen Bildungsinfrastruktur gehören, dann erwächst den Kommunen und Landkreisen in der Planung, Vernetzung und Steuerung dieser kommunalen Bildungslandschaft eine völlig neue Verantwortlichkeit.

Die Vernetzung der relevanten Akteure, die Entwicklung umfassender Bestandsaufnahmen, die Formulierung strategischer Ziele und die Maßnahmen- und Angebotsentwicklung sind dann erforderliche Entwicklungsschritte, die die Kommunen allmählich als relevante bildungspolitische Akteure qualifizieren können.

Kooperation als Gegenstand überörtlicher Planungs- und Entwicklungsprozesse

Die Intensivierung und quantitative Ausbreitung von unterschiedlichen Ansätzen und Modellen der Kooperation von Jugendhilfe und Schule sowohl im Rahmen der Schulsozialarbeit als auch im Rahmen der Einführung ganztägiger Angebote stärkt auch die Bedeutung der landesweiten Träger und Akteure von Schule und Jugendhilfe.

Denn im Zuge dieser wachsenden Verschränkung von Schule und Jugendhilfe ergeben sich völlig neue Anforderungen an die konzeptionelle Begleitung, fachliche Förderung und finanzielle Unterstützung solcher Kooperationsprozesse.

Bereits bei der Weiterentwicklung und quantitativen Verbreitung von Projekten der Schulsozialarbeit im engeren Sinne hatte sich in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass ohne Förderung und Unterstützung durch die zuständigen Landesministerien und den überörtlichen Jugendhilfeträger Städte und Landkreise allein oft nicht in der Lage sind, bedarfsgerechte Angebote und Einrichtungen der Kooperation von Schule und Jugendhilfe einzurichten und finanziell abzusichern. Zwar beschränkt sich die Zuständigkeit der Landesebene für die materielle Unterstützung von kommunalen Jugendhilfeaufgaben auf Anschub- und Modellförderung, dennoch ist unübersehbar, dass ohne solche Landesprogramme – nicht nur in den neuen Bundesländern – die bisherigen Erfolge bei der Entwicklung von Kooperationsprojekten, weder auf dem jetzigen Stand stabilisierbar geschweige denn quantitativ und qualitativ ausbaufähig wären¹⁸.

Allerdings beschränkt sich die Anregungs- und Unterstützungsfunktion der zuständigen Landesministerien sowie der oberen Landesjugendbehörden keineswegs auf die finanzielle Förderung örtlicher Projekte. Vielmehr zeigen einige Bundesländer (wie etwa Niedersachsen, Baden-Württemberg und Brandenburg), dass mit Hilfe von fachlichen Leitlinien und Empfehlungen sowie durch die Formulierung von Qualitätskriterien wichtige Anregungen für die örtliche Praxis bereitgestellt werden können.

Auch ist es erforderlich, die neuen Entwicklungen an der Schnittstelle zwischen Schule und Jugendhilfe insbesondere im Bereich der Ganztagsangebote auch in der Landesbildungsberichterstattung und den Landesjugendberichten als einen zentralen Bestandteil der Infrastruktur für junge Menschen zu berücksichtigen.

¹⁸ vgl. die Überblicke über die Entwicklungen in den Bundesländern in Hartnuß/Maykus 2004, S. 615ff. sowie in Olk 2005

Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen in vielen Bundesländern, dass Servicestellen und Landeskooperationsstellen „Schule und Jugendhilfe“ wichtige Unterstützungs- und Anregungsfunktionen für die örtliche Praxis bereitstellen können. In diesen landesweit zuständigen Fachstellen werden entsprechende Entwicklungen dokumentiert und damit auch für andere Regionen verfügbar gehalten, durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen die Praxisentwicklung qualifiziert sowie Empfehlungen und Qualitätskataloge bereit gestellt.

Es liegt auf der Hand, dass bei der forcierten Weiterentwicklung von Kooperationsstrukturen zudem grundsätzliche konzeptionelle Fragen der weiteren Entwicklung der beiden Systeme – Schule und Jugendhilfe – berührt sind. Je mehr die Schule bereit ist, ein erweitertes Bildungsverständnis zu realisieren und die eigenen zeitlichen Strukturen auf den ganzen Tag auszudehnen, sind auch das fachliche Selbstverständnis und die Existenzberechtigung vieler Angebote und Dienste der Jugendhilfe unmittelbar betroffen.

Dies hat sich z. B. in Nordrhein-Westfalen bei der Einführung der „offenen Ganztagsgrundschule“ gezeigt, die die bisherigen Hortangebote der Jugendhilfe überflüssig zu machen schien und kann an der bereits seit Längerem von der Jugendarbeit wahrgenommenen Konkurrenz zwischen offener Jugendarbeit und Ganztagschule um die freie Zeit am Nachmittag abgelesen werden.

Die schrittweise Ausweitung von Ganztagsangeboten wirft grundlegende Zuständigkeitsfragen an der Schnittstelle zwischen den beiden pädagogischen Institutionen Schule und Jugendhilfe auf. So gilt es etwa zu klären, ob neben der Familie mit der Ganztagschule lediglich ein weiterer Bildungsort oder mit offenen Kooperationskonzepten zwischen Schule und Jugendhilfe (mindestens) zwei weitere Bildungsorte institutionalisiert werden sollen.

Abgesehen davon stellt sich die Frage, wie weit der sich abzeichnende zunehmende Schulbezug der Angebote und Maßnahmen der Jugendhilfe gehen soll. Gegenwärtig ist jedenfalls der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass insbesondere im Bereich der offenen Jugendarbeit ein wachsender Teil der Ressourcen in Richtung schulbezogener Angebote umverteilt wird, während die schulunabhängige Jugendarbeit mit ihren genuinen Zielen des sozialen Lernens und der emanzipatorischen Bildung finanziell weitgehend ausgetrocknet wird.

Es muss also auf mittlere Sicht konzeptionell geklärt werden, wie viel und welche schulunabhängige Jugendhilfe es in Zukunft noch geben soll, wenn sich ein zunehmender Anteil der Angebote und Leistungen von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit auf das Feld der Kooperation mit dem System Schule konzentriert.

Um solche konzeptionell – fachlichen Fragen „auf Augenhöhe“ zu erörtern, wäre nicht nur eine verstärkte interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Schul- und Sozialpädagogik an den Universitäten sondern darüber hinaus eine intensiviertere Kommunikation zwischen den Kultus- und Jugendministerien auf Länderebene erforderlich.

5. Kooperationserfahrungen in Sachsen-Anhalt aus Sicht der Schule und Jugendhilfe

- Ein Vergleich -



Andreas Hahn, Student der
Fachhochschule Magdeburg – Stendal

Die folgende Befragung wurde im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalts, des Kultusministeriums Sachsen-Anhalts und des Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt erstellt. Ziel war es, für eine Handreichung zum Thema „Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule“ eine Bedarfserfassung durchzuführen. Die Fragebögen wurden in Zusammenarbeit mit den zuständigen MitarbeiterInnen der vorgenannten Kooperationspartner erstellt.

Befragt wurden 88 Schulen in Sachsen-Anhalt. Hiervon waren 48 Grundschulen, 17 Sekundarschulen, elf Förderschulen, fünf Gymnasien, vier Gesamtschulen und drei Berufsbildende Schulen. 14 dieser Schulen lagen im ländlichen Raum und 74 im städtischen bis urbanen Raum. Es kann somit für Sachsen-Anhalt von einer annähernd repräsentativen Umfrage bezüglich Lage und Schulform ausgegangen werden. Als Grundlage wurden die Datensätze der Schulplanung des Kultusministeriums Sachsen-Anhalt genutzt.

Die Stichprobe der Jugendhilfe umfasst 80 Einrichtungen. Diese Stichprobe ist nicht repräsentativ, sowohl im Hinblick auf die Lage als auch auf die Schwerpunktsetzungen der Einrichtungen. Als Vergleichsstichprobe wurde die Untersuchung (2005) von Prof. Dr. Simon der Fachhochschule Magdeburg/ Stendal genutzt.

Grundlegend ist festzustellen, dass sich die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe ausweitet. Während 2005 die untersuchten Einrichtungen nur zu 33% Kooperationen mit Schulen angaben, gaben 2006 38% der Schulen und 85 % der befragten Jugendhilfeeinrichtungen an, in Kooperation miteinander zu stehen. Obwohl der Wert der Jugendhilfeeinrichtungen nicht repräsentativ ist und davon ausgegangen werden muss, dass die Rückmeldungen mehrheitlich von Einrichtungen kamen, die bereits Kooperationserfahrungen hatten, ist zumindest der Anteil der Schulen, die Kooperationspartner haben, leicht angestiegen. Allgemein haben die Schulen ein sehr hohes Interesse an Kooperation (Mittelwert 1,32 in einer Skala von 1 - 4 nach Schulnoten). Als wichtigste Kooperationsfelder werden Prävention (Rang 1; 1,48), Elternarbeit (1,5), Gesundheitsförderung (1,51) und sportliche Aktivitäten (1,55) genannt. Prävention und Gesundheitsförderung sind in diesem Zusammenhang als Arbeitsfelder des erzieherischen Kinder-

und Jugendschutzes zu sehen, der zwar formell bisher nicht in die Kooperationsvereinbarung aufgenommen wurde, jedoch inhaltlich Überschneidungen mit anderen Angeboten der Jugendarbeit hat.

Auf den drei letzten Rängen liegen Jungenarbeit (Rang 10; 2,05), Mädchenarbeit (2,16) und Berufsorientierung (Rang 12; 2,3). Der weite Rückstand der Berufsorientierung lässt sich jedoch aus der überwiegend repräsentierten Perspektive der Grundschulen und Berufsschulen erklären, wo Berufsorientierung die schwächsten Mittelwerte mit 2,79 und 2,0 erhalten hat. In den Sekundarschulen (Rang 8; 1,76), Gesamtschulen (Rang 7; 1,75), Gymnasien (Rang 3; 1,6) und Förderschulen (Rang 6; 1,55) ist die Berufsorientierung in den oberen und mittleren Rängen platziert. Die abgeschlagene Positionierung der Mädchen- und Jungenarbeit auf den beiden letzten Rängen (11 und 12) mit wenigen Ausnahmen (Sekundarschulen: Jungenarbeit Rang 10, Gymnasien: Jungenarbeit und Mädchenarbeit Rang 10,5) und der seltensten Nennung bei den möglichen Kooperationszielen (Rang 5; 5%) kann als grundlegender Bedarf zur weiteren Aufklärung für geschlechtersensible Arbeit gesehen werden.

Als wichtigste Ziele der Kooperationen werden die Förderung der sozialen Kompetenzen (Rang 1; 35%) und die Unterstützung unterrichtlicher Lerntätigkeit (21%) genannt, gefolgt von Partizipation (19%) und der Schaffung bzw. Erhaltung von Freiräumen für Schülerinnen und Schüler (16%). Auch bei den für die geplante Handreichung gewünschten Themen steht das soziale Lernen auf dem ersten Rang (45%). Hier zeigt sich das Hauptinteresse der Schulen an den gewachsenen Themengebieten postmoderner Bildung, die durch die Unterstützung mit Jugendhilfe-Angeboten sinnvoll ergänzt werden können. Auf dieses Thema werde ich später noch einmal zurückkommen.

Die befragten Jugendhilfeeinrichtungen gaben als Arbeitsfelder mehrheitlich Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit (Rang 1), außerschulische Jugendbildung (Rang 2) und arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit (Rang 3) an, gefolgt von Kinder- und Jugenderholung und Jugendberatung (Rang 4,5) und internationaler Jugendarbeit (Rang 6). Die überwiegende Mehrheit besteht aus kleinen Einrichtungen mit bis zu 5 hauptamtlichen PädagogInnen (70%) und bis zu 5 Ehrenamtlichen (76%) und sonstigen MitarbeiterInnen (80%), sowie einer Nutzergruppe zwischen 6 und 21 Jahren (78%).

Wie bereits erwähnt, gaben 85% der Einrichtungen an, bereits mit Schulen kooperiert zu haben. Allerdings gaben nur 61% der Einrichtungen eine konkrete Anzahl durchgeführter Kooperationsprojekte an. Die Kooperationsbeziehungen waren thematisch mehrheitlich an den hauptsächlichen Arbeitsfeldern der jeweiligen Einrichtungen ausgerichtet: außerschulische Jugendbildung (Rang 1), Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit (Rang 2), und arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit (Rang 3).

Bei den Wünschen für günstige Kooperationsbeziehungen belegt das Interesse der Schule den ersten Rang (16,6%) gefolgt von eindeutiger Zielsetzung und konkreten AnsprechpartnerInnen (Rang 2,5; 14%) sowie gesicherter Finanzierung (Rang 4; 13,7%) und Vernetzungsstrukturen (Rang 5; 6,8%). Gute Vorerfahrungen mit Kooperationen nennen nur 2,9% (Rang 11) als wichtigen Aspekt für die Durchführung neuer Projekte. Ähnliches lässt sich auch bei den befragten Schulen feststellen. Dort ist die Korrelation zwischen bisher durchgeführten Kooperationsprojekten und dem allgemeinen Interesse an Kooperationen sehr gering (0,13), was dafür spricht, dass Vorerfahrungen nicht ausschlaggebend sind für neue Kooperationsbeziehungen.

Dem gegenüber werden als größte Hindernisse fehlendes Interesse der Schule (Rang 1; 16,9%) und ungesicherte Finanzungsverhältnisse (Rang 2; 15,8%) genannt, gefolgt von zu geringen personellen Ressourcen (11,5%), nicht eindeutiger Zielsetzung (10,1%) und fehlenden AnsprechpartnerInnen (9,7%). Es kann daher davon ausgegangen werden, dass große Übereinstimmungen zwischen den realen Hindernissen für Kooperationen und den erwünschten

Bedingungen aus Sicht der Jugendhilfe bestehen. Wesentlich ist hierbei, dass zunächst die eigene Ressourcenknappheit als größtes Hindernis angegeben wird, gefolgt von fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten mit den Schulen. Die eigentlichen pädagogischen Konfliktpotenziale wie pädagogische Handlungsprinzipien (Rang 7) oder Gestaltungsfreiräume (Rang 11,5) werden nur marginal wahrgenommen. Hier ist es noch unklar, in welchen tatsächlichen Dimensionen sich diese Konfliktpotenziale bewegen werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass beide Seiten die Kooperationsbeziehungen stärker auf der institutionellen Ebene betrachten, statt auf der Ebene unterschiedlicher pädagogischer Konzepte. Ebenso wird die Dimension der konkreten Interaktionsprozesse in der Kooperation wesentlich aus dem Blick gerückt, sodass die eigentlichen Theorie- und Handlungskonflikte zunächst noch nicht wahrgenommen werden.

Als allgemeine Anforderungen an Kooperationsprojekte sind dem entsprechend zu benennen:

1. eine gemeinsame Interessensbasis sowohl inhaltlich wie auch methodisch
2. Berücksichtigung der gegenseitigen Zielsetzungen
3. eine gesicherte Arbeitsstruktur (Finanzierung, Personal, Räume, Zuständigkeiten etc.).

6. Workshops

Workshop 1a: Der Kooperationspartner Jugendhilfe stellt sich vor! (Dr. Karsten Speck)

Moderation:

Dr. Karsten Speck (Uni Potsdam)

Input:

Kirsten Boche (Jugendrotkreuz im DRK-Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.)

Gila Zirfas-Krauel (Evangelisches Kinder- und Jugendbildungswerk Sachsen-Anhalt e. V.)

TeilnehmerInnen:

An dem Workshop beteiligten sich – neben den Referentinnen und dem Moderator – insgesamt 18 TeilnehmerInnen. Die Teilnehmenden kamen vereinzelt von freien Trägern der Jugendhilfe und Jugendämtern sowie überwiegend von Schulen.

Geplanter Ablauf des Workshops:

14:00 Uhr

- Vorstellung des Moderatoren und der Referentinnen

14:05 Uhr

- Vorstellung der TeilnehmerInnen (18 TN) auf Moderationskarten.
- Erwartungen an den Workshop und Nennung von Name und Einrichtung → Sammlung am Flipchart

14:15 Uhr

- Abfrage von Kooperationserfahrungen im offenen Gespräch

14:25 Uhr Input Dr. Karsten Speck

- Strukturen der Jugendhilfe nach KJHG

anschließend Fragen und Diskussion

14:50 Uhr Input Gila Zirfas-Krauel

- Vorstellung EKJB und Status/Strukturen BildungsreferentInnen LSA
- Aktionsdreieck Jugendliche im Zentrum der Systeme
- Kooperationsmodelle

15:05 Uhr Input Kirsten Boche

- Vorstellung des Jugendrotkreuzes und seiner Angebote an Schulen
- Vorstellung des Kooperationsprojektes „Schulsanitätsdienst“ und dazu beispielhaft die Erläuterung einer Checkliste für den Aufbau des Projektes

anschließend Nachfragen an die ReferentInnen und offene Diskussion

Erwartungen der TeilnehmerInnen an den Workshop:

Die Erwartungen der Teilnehmenden an den Workshop waren sehr unterschiedlich und vor allem durch die stark praxisverwertbaren Erwartungen der zahlreichen, teilnehmenden LehrerInnen bestimmt. Die Erwartungen ließen sich zu drei Bereichen zusammenfassen. Sie konzentrierten

sich erstens auf allgemeine Informationen zur Jugendhilfe. Gewünscht wurden in diesem Zusammenhang grundlegende Informationen über die Jugendhilfe allgemein, die Träger der Jugendhilfe, die AnsprechpartnerInnen und Kontaktadressen in der Jugendhilfe, sowie die Aufgaben der Jugendhilfe. Diese Erwartungshaltung verdeutlicht – aus Sicht der Referentinnen und des Moderators - letztlich den Informationsbedarf und auch -wunsch von Schulen gegenüber der Jugendhilfe. Zweitens standen Fragen zur Finanzierung der Kooperationsansätze im Mittelpunkt des Interesses, auf die im Rahmen des Workshops allerdings nur begrenzt eingegangen werden konnte (z.B. defizitäre Förderungen durch unterschiedliche Zuständigkeiten und Institutionen, Förderprogramme des Kultusministeriums, von Stiftungen, von Jugendämtern, Schulbudgets). Verwiesen wurde auf die notwendigen Aushandlungsprozesse zwischen Schulen und freien Trägern. Drittens ging es schließlich um die konkrete Initiierung und Umsetzung der Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe. Es wurden Wünsche geäußert nach Anregungen zum Aufbau von Kooperationsprojekten, nach Hinweisen zur Förderung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule, nach Erfahrungsberichten zu den Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation, nach konkreten Anregungen zur praktischen Zusammenarbeit sowie nach Informationen über Kooperationsmöglichkeiten.

Leitfragen des Workshops:

Im Workshop standen dann - in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Kinder- und Jugendringes- und den Erwartungen der TeilnehmerInnen - zwei praxisnahe Leitfragen im Zentrum:

1. Welche praktischen Ansätze und Erfahrungen gibt es zum Thema Kooperation?
2. Wo gibt es Schwierigkeiten und Probleme? Was sind zentrale Herausforderungen?

Inhalte und Umsetzung des Workshops:

a) Strukturen der Jugendhilfe nach KJHG

In einem ersten Themenblock wurden vom Moderator zunächst Informationen zur Jugendhilfe vermittelt. Verdeutlicht wurde, dass die Kinder- und Jugendhilfe ein Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit ist (andere: Alten-, Gesundheits-, und Sozialhilfe), das sich mit dem außerschulischen Bereich von Kindern und Jugendlichen (sowie ihren Personensorgeberechtigten) beschäftigt.

In dem Arbeitsfeld sind verschiedene Berufsgruppen tätig (z.B. DiplompädagogIn (UNI), Magister/Magistra Erziehungswissenschaften (Uni), Diplomsozialarbeiter/-sozialpädagogIn (FH), ErzieherIn... 1-Euro-JobberIn). Die Aufgaben der Jugendhilfe sind aus dem Sozialgesetzbuch VIII, dem Kinder- und Jugendhilfegesetz zu entnehmen (vgl. § 1 SGB VIII/KJHG Abs. 3). Jugendhilfe soll demzufolge *erstens* junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen, *zweitens* Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen, *drittens* Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen, *viertens* dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.

Die Kinder- und Jugendhilfe verfügt über einige spezifische Grundsätze, die sie zum Teil auch gegenüber der Schule unterscheiden und Kooperationsprobleme verursachen können:

Zu den Grundsätzen gehören unter anderem:

1. entgegen der öffentlichen Wahrnehmung die präventive Ausrichtung,
2. der Vorrang des Elternrechtes gegenüber dem Staat und den Kindern,
3. der Vorrang freier Träger bei der Leistungserbringung und die plurale Trägerstruktur,
4. die örtliche Zuständigkeit für die Jugendhilfe sowie
5. die Freiwilligkeit und das Wunsch- und Wahlrecht der Adressaten der Jugendhilfe.

Als Träger der Jugendhilfe fungieren zum einen öffentliche Träger der Jugendhilfe und zum anderen verschiedenste freie Träger der Jugendhilfe, was einen Überblick über AnsprechpartnerInnen und Kontaktadressen erschwert. Zu den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe gehören auf der örtlichen Ebene die Kreise und kreisfreie Städte (sie errichten Jugendämter) und auf der überörtlichen Ebene meist die Sozialministerien, die Landesjugendämter errichten.

Zu den freien Trägern der Jugendhilfe gehören die sechs Wohlfahrtsverbände (Deutscher Caritas Verband, Diakonisches Werk, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland), die Jugendverbände (z.B. Sport-Jugend, BDKJ, DGB-Jugend), die Kirchen sowie Initiativen und Vereine (z.B. Kunterbunt e.V.).

Aus der Runde der Teilnehmenden kam die Nachfrage nach einer zentralen Stelle, die Angebote und Nachfragen bündelt, aufbereitet und als Nahtstelle zwischen Jugendverbandsarbeit und Schule fungiert.

Hier bestätigten sich die defizitären schulischen Informationen über Zuständigkeiten und die Strukturen in der Jugendhilfe. Bezüglich potentieller Kooperationspartner wurde von den Referentinnen zumindest auf die Broschüre „Wissen wohin: Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt“ (Ausgabe von 2004) des Kinder- und Jugendringes verwiesen.

Partner müssen allerdings auf lokaler bzw. regionaler Ebene gefunden werden.

Die ReferentInnen boten sich an, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Kontakte vor Ort zu vermitteln.

b) Kooperationserfahrungen der TeilnehmerInnen

Im zweiten Themenblock erhielten die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, über ihre Kooperationserfahrungen zu berichten und sich darüber auszutauschen.

Die Aussagen der TeilnehmerInnen zur Kooperation mit der jeweils anderen Institution machten - zusammenfassend betrachtet - auf eher begrenzte Kooperationserfahrungen aufmerksam.

So berichtete ein erheblicher Teil der TeilnehmerInnen davon, dass bislang noch keine oder allenfalls sehr wenige Kooperationserfahrungen vorliegen. Kennzeichnend sind – sofern vorhanden – zum einen sporadische Kooperationsbeziehungen zur Jugendhilfe und zum anderen eine thematische bzw. problembezogene Zusammenarbeit.

Häufigere Kooperationserfahrungen existieren beispielsweise im Rahmen von Projekttagen, von Gewaltprävention; von Streitschlichterprogrammen, von Berufsorientierung für Abschlussklassen und von Schulverweigerung. Die bisherigen Kooperationserfahrungen wurden – sehr differenziert – sowohl als gut als auch als schlecht empfunden. Seitens der teilnehmenden JugendhilfevertreterInnen wurde auf die unterschiedlichen Kooperations Einstellungen der Schulen sowie kritisch auf die Inanspruchnahme der Jugendhilfe als Nothilfe verwiesen.

c) Vorstellungen konkreter Träger und Angebote der Jugendhilfe/Jugendverbandsarbeit

Im dritten Themenblock stellten die beiden Referentinnen die schulischen Angebote des Jugendrotkreuzes im DRK-Landesverband Sachsen-Anhalt e. V. und des Evangelischen Kinder- und Jugendbildungswerkes des Landes Sachsen-Anhalt vor, auf die im Folgenden nur verwiesen werden kann.

Zu den Angeboten des Jugendrotkreuzes an den Schulen gehören demzufolge u.a.:

- Unterrichtseinheiten für den Sozialkunde- und Ethikunterricht; ausführliche Informationen dazu unter: <http://www.djrk.de/unterrichtsmateriali.html#85>
- Mobiles Projekt zur Gesundheitserziehung
- Schulsanitätsdienst; ausführliche Informationen dazu unter: <http://www.sachsen-anhalt.drk.de/jrksat.html>

Ausführliche Informationen und Angebotsstruktur des Evangelischen Kinder- und Jugendbildungswerkes in Sachsen-Anhalt e. V. sind im Internet unter der Homepage www.ekjb.de oder der E-Mail-Adresse info@ekjb.de abrufbar.

Gewinn und Auswertung des Workshops:

Als persönlicher Lerngewinn aus den Inputs und dem Erfahrungsaustausch kristallisierten sich am Ende des Workshops aus den Aussagen der TeilnehmerInnen bei genauerer Betrachtung Schlussfolgerungen für die Initiierung von Projekten der Kooperation von Jugendhilfe und Schule heraus:

1. Bedarfe in der Schule klären (z.B. Bedarfsanalyse durchführen, Interessen der SchülerInnen berücksichtigen, Zusammenarbeit mit den Eltern)
2. Öffnung von Schule nach außen vornehmen (z.B. Schulen für Nutzen sensibilisieren, Kooperationsbereitschaft erhöhen, langfristige Kooperation im Blick haben)
3. Freie Träger und Angebote in der Region herausfinden (z.B. auf Träger zugehen, persönlichen Ansprechpartner suchen, Angebote erfragen, auf Elternabenden Projekte vorstellen)
4. Kooperationsmöglichkeiten suchen und vereinbaren (z.B. Stolpersteine beseitigen, Interessen klären, gemeinsam Grobkonzept erarbeiten, Kooperation planen, Kooperationsvereinbarung abschließen)
5. Rahmenbedingungen sicherstellen (z.B. Förderung, Finanzierung, Kontinuität der Kooperation und Angebote, Zusammenarbeit der Eltern, klare Vereinbarung der Rahmenbedingungen und Verantwortlichkeiten)
6. Kooperation eng begleiten und evaluieren (z.B. enge Zusammenarbeit und Pflege der Kooperation, ständige Evaluation und Weiterentwicklung)

Insgesamt wurde in dem Workshop deutlich, dass ein Wille zur Kooperation trotz mancher Unterschiede und Differenzen grundsätzlich auf beiden Seiten besteht.

Vor diesem Hintergrund sollten nach Ansicht der Teilnehmenden Kooperationsdefizite schneller ausgeglichen werden. Hier scheint allerdings eine Stelle zu fehlen, die Interessierte und Anbieter zueinander führt. Erforderlich ist in jedem Falle auch, dass die Kooperationspartner zukünftig mehr voneinander wissen (z.B. „wie der andere tickt“). Dies gilt sowohl für die Schule als auch die Jugendhilfe.

Hürden sind weiterhin darin zu sehen, dass sich die Finanzierung der Kooperationsangebote als schwierig erweist („Finanzierungsdschungel“) und die beiden Institutionen Schule und Jugendhilfe verschiedenen Ministerien und Verwaltungslogiken untergeordnet sind. Unstrittig scheint zu sein, dass Kooperation funktioniert, wenn die Personen, die sie ausgestalten, vom Gelingen überzeugt sind, auf gleicher Augenhöhe miteinander kommunizieren und sich persönlich aktiv engagieren.

Aus Sicht der ReferentInnen war die Thematik Kooperation von Jugendhilfe und Schule sehr weit gefasst, während sie „nur“ den Bereich Jugend(verbands-)arbeit repräsentierten. Dessen ungeachtet fiel die Rückmeldung zum Workshop recht positiv aus.

Die Auswertung erfolgte über ein Ampelfeedback ohne Anwesenheit des Moderators und der Referentinnen und brachte im Einzelnen folgendes Ergebnis: Grün (gut) = 11 TeilnehmerInnen, Gelb (okay) = 7 TeilnehmerInnen und Rot (so nicht) = 0 TeilnehmerInnen.

Bilderbogen



Workshop 1b: Der Kooperationspartner Jugendhilfe stellt sich vor! (Prof. Olk)

Moderation:

Prof. Dr. Olk (Universität Halle)

Input:

Sabrina Schenk (Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.)

Teilnehmende:

An dem Workshop beteiligten sich neben dem Moderator und der Referentin insgesamt 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Teilnehmenden kamen vorwiegend von freien Trägern der Jugendhilfe bzw. aus Jugendämtern und Schulen.

1. Fragen und Erwartungen der Teilnehmenden:

- Schulsozialarbeit an der Grundschule und Förderschule
- Bedarfserhebung
- neue Ideen für starke Schulen
- Kontakte knüpfen – Austausch
- Wie kommt man in die Schule?
- Welche Angebote sind attraktiv für Schule?
- Was ist denkbar an Kooperation?

2. Zentrale Herausforderungen:

- Gewährleistung einer flexiblen und offenen Arbeit durch feste Mittelplanung, die bis zu zwei Jahre im Voraus erfolgen muss. Damit wird eine planbare und kontinuierliche Jugendsozialarbeit gewährleistet
- Präferieren einer projektbezogenen und befristeten Arbeit der Jugendhilfe gegenüber den festen Strukturen der Schule und ihre haushaltsbezogenen Pflichtprogramme
- Umsteuern zu einer flexiblen Mittel- und Projektplanung der Schulsozialarbeit gegenüber den heutigen strengen Antragsfristen und langfristigen Hausplanung
- Orientierung der Planung der Schulsozialarbeit am Schuljahr statt am Haushaltsplan, weil das Schuljahr in zwei Haushaltspläne fällt
- Wie ist es möglich, Kompetenz-, Vertrauens- und Kenntnisverluste zu vermeiden, die durch Kurzfristigkeit der Projektarbeit in der Jugendhilfe entsteht?
- Sind Fördervereine, auch unter Einbezug der Eltern, eine Lösungsperspektive?
- Wie soll die Gewichtung zwischen „Brennpunktförderung“ gegenüber der kontinuierlichen und langfristigen Förderung der Strukturen (Strukturen = kinderorientiert) aussehen, da Prävention deutlich wichtiger ist?
- Wie ist es möglich eine präventionsorientierte Finanzierung von Schulsozialarbeit zu gewährleisten, da problem- und defizitorientierte Programme favorisiert werden in der Mittelzuwendung?
- Wie soll die/der AnsprechpartnerIn für Kinder und Jugendliche sein? Wir favorisieren eine Vertrauensperson gegenüber den Autoritätspersonen.

3. Gemeinsam für Projekte zwischen Jugendhilfe und Schule:

- Schulsozialarbeit
- Bildungshaus mit Angeboten der Fortbildungen für Schulen
- Tage der Orientierung
- Tages- und Wochengruppen im Kinder und Jugendhaus
- Projekttag
- Seminare an anderen Orten
- Kooperation Hort und Schule (integrativer Kindergarten)
- offene Jugendarbeit mit Schulen
- Schülerfirmen (Schülercafé, Schülerreisebüro usw.)
- „ganztäglich Lernen“ (Beratung und Fortbildung)
- Praktika- und Berufsorientierung
- Bewerbungstraining
- SchülersprecherInnen-Seminar (Teambildung und Projektideen)
- StreitschlichterInnen, Supervision und Beratung

4. Zielführende Thesen:

- Wir brauchen eine neue Definition von Schule und Jugendhilfe unter dem Einbezug der Familie.
- Die Jugendhilfe soll als Teil von Schulen etabliert (punktuell und anfragebezogen) werden.
- Die Kooperation von Jugendhilfe und Schule setzt verlässliche und flexible Strukturen in der Schulsozialarbeit voraus.
- Die Familien müssen gestärkt werden, weil die Jugendhilfe oder Schulen diese Defizite nicht auffangen können.
- Voraussetzung ist ein Netzwerk, das gespannt werden muss, welches alle Beteiligten auffängt und weiterleitet.
- Kooperation in der Schulsozialarbeit muss von Anfang an zum Prinzip bzw. zum System werden! Dieses soll flächendeckend und kontinuierlich wirksam sein.

Bilderbogen



Workshop: 2 Die Ganztagschule als Partner für Kooperationen! (Silvia Ruge)

Der vorliegende Text ist kein Protokoll, sondern fasst Themen und Diskussionsschwerpunkte aus dem Workshop zusammen.

Moderation:

Sylvia Ruge, Programmkoordinatorin in Serviceagentur „Ganztägig lernen“ Sachsen-Anhalt

Input:

Helmut Thiel, Schulleiter, Ganztagssekundarschule „Johannes-Gutenberg“, Wolmirstedt

Dagmar Pohl, Schulleiterin Ganztagssekundarschule „Zoberberg“, Dessau

Holger Lahne, Schulleiter Ganztagssekundarschule „G. E. Lessing“, Salzwedel

Heiko Hübner, Referat 24 Kultusministerium Sachsen-Anhalt

Verlauf des Workshops:

14.10 Uhr

- Kurzvorstellung von Moderatorin und ReferentInnen und Erläuterung zum Workshop sowie den Leitfragen der Veranstalter:

1. Welche praktischen Ansätze und Erfahrungen gibt es zum Thema Kooperation?
2. Wo gibt es Schwierigkeiten und Probleme? Was sind zentrale Herausforderungen?

14.15 Uhr

- Kartenabfrage und anschließender offener Austausch über Kooperationserfahrungen und Erwartungshaltung der Teilnehmenden

14.30 Uhr Inputs der SchulleiterInnen und des Vertreters vom Kultusministerium

anschließend offene Diskussion anhand ausgewählter Schwerpunkte

15.25 Uhr

- Vorstellung von aktuellen Fortbildungsangeboten zur Beförderung der Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe durch die Moderatorin

Das Interesse von ca. zwei Drittel der TeilnehmerInnen bezog sich vorrangig darauf, gute Beispiele in der Gestaltung von Ganztagschulen kennen zu lernen und Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für Kooperationen auszuloten. Dabei spielten sowohl inhaltliche Aspekte, als auch ein hoher Informationsbedarf und die Frage: „Was ist eigentlich eine offene, was eine gebundene Ganztagschule?“ eine Rolle.

Fragen der TeilnehmerInnen (Kartenabfrage):

- Welche Rahmenbedingungen bietet insbesondere die Ganztagschule (GTS) für externe Kooperationspartner?
- Informationen von gut laufenden GTS – was sollte nicht gemacht werden?
- Möglichkeiten der Kooperation, Arbeitsweise von GTS
- Erfolgreiche Beispiele kennen lernen
- Bestehende Arbeit der pädagogischen Mitarbeiterinnen an GTS mehr berücksichtigen und unterstützen
- Wie findet man Partner für bezahlbare Schülerspeisung?

- Wie kann man mit Musikschulen kooperieren?
- Wie ist die MitarbeiterInnen-Motivation an Ganztagschulen?
- Inwieweit sind SozialbetreuerInnen finanziell in GTS eingebunden?
- Ausbau von Kooperationen - Finanzen sichern und funktionierende Beispiele erfahren
- Anregungen, Ideen
- Hilfe zur Unterstützung von GTS?
- Wie kann GTS auch in den Gymnasien funktionieren, müssen alle SchülerInnen teilnehmen? Welche Konsequenzen hat das für LehrerInnen? Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der JH
- Welchen Raumfaktor (Räume für Freizeit und Entspannung) hält das Kultusministerium für GTS zwingend für erforderlich? – Gibt es Richtlinien für Schulträger?
- Was braucht Schule von JH – besonders GTS?
- Welche Angebote brauchen Schulen besonders von freien Trägern?

Alle Fragen konnten nicht beantwortet werden, wie zum Beispiel:

Partnergewinnung für bezahlbare/kostenlose Schulspeisung – halte ich (S. Ruge) für eine ganz wichtige Herausforderung oder auch Raum und Raumgestaltungsfragen.

Ganztagschule und Kooperation:

Die SchulleiterInnen Dagmar Pohl aus Dessau, Helmut Thiel aus Wolmirstedt und Holger Lahne aus Salzwedel bezogen sich in ihrer Schulvorstellung zunächst auf das Anliegen von Ganztagschule, Wege und Möglichkeiten für individualisierendes Lernen zu erkunden und zu erproben.

Das bedeutet eine konsequente Umstellung von vielem Althergebrachten und eine Sicht auf Kinder, die dann zu Überlegungen führt, wie: Wir (als LehrerInnen und ErzieherInnen) müssen unsere Aufgabenkultur verändern. Kinder müssen mehr Aktionsraum zum Lernen erhalten, selbst erkunden und ausprobieren können. Nur dann lernen sie wirklich. Wir müssen sie schrittweise zu selbständiger Arbeit befähigen und ermuntern.

Besonders die gebundene Ganztagschule bietet Möglichkeiten, dem natürlichen Lern- und Lebensrhythmus von Kindern gerecht zu werden.

Das erfordert aber eine Haltung von LehrerInnen, die nicht danach fragt: „Wie muss das Kind sein, damit es der Schule gerecht wird – sondern wie muss Schule sich verändern, damit sie dem Kind gerecht wird?“.

Aus dieser sich verändernden Grundhaltung von PädagogInnen, entwickeln sie die Bereitschaft, mit anderen Menschen und Professionen verstärkt zu kooperieren.

Helmut Thiel, Schulleiter der „Johannes-Gutenberg“-Sekundarschule ist gleichzeitig Vorsitzender des Ganztagschulverbandes Sachsen-Anhalt

Thesen zur Individualisierung (Auszüge):

- Grundlage der gewünschten Entwicklung: weg von bürokratischen Strukturen
- Die Schule muss Möglichkeiten bieten, jedem einzelnen Kind diejenige Unterstützung zu gewähren, der es bedarf. Das setzt ein Höchstmaß an Flexibilität voraus. Lehrkräfte müssen in Lerngruppen verschiedenen Niveaus organisieren, was voraussetzt, dass die Gruppen über weite Strecken selbstständig operieren.
- Mischung von Stundenplan und Wochenarbeitsplan – unumgängliche Teamarbeit – Beteiligungsmodelle der SchülerInnen
- In Deutschland herrscht die fragend-entwickelnde Unterrichtsmethode vor. Sie soll durch Fragen die Aufmerksamkeit der Kinder im Unterricht sichern. In der Praxis wird dazu ein

mittleres Niveau bei den Fragen gewählt. Daraus resultiert, dass ein Teil der Kinder ständig unterfordert und ein anderer überfordert wird.

- Die Homogenisierung der Lerngruppen muss durch die Individualisierung der Lernwege ersetzt werden. Was sich gravierend verändert und teilweise auch Unsicherheit auslöst, ist die Anforderungsstruktur an Lehrende (Unterrichtsmanagement).
- Individuelle Wochenarbeitspläne und Lerntagebücher werden LernbegleiterInnen
- Erfolgreiche LehrerInnen berücksichtigen die Eingangsvoraussetzungen der SchülerInnen und messen die schulischen Ergebnisse an den daraus abgeleiteten Erwartungshorizonten.

Um mehr von und über die Schulen zu erfahren, empfehle ich Ihnen den Besuch ihrer Webseiten:

Helmut Thiel, Schulleiter, Ganztagssekundarschule „Johannes-Gutenberg“, Wolmirstedt
<http://www.sks-wolmirstedt.bildung-lsa.de/>

Dagmar Pohl, Schulleiterin Ganztagssekundarschule „Zoberberg“, Dessau
www.sks-zoberberg.bildung-lsa.de

Holger Lahne, Schulleiter Ganztagssekundarschule „G. E. Lessing“, Salzwedel
<http://www.lessingsek-salzwedel.de/>

Praktische Ansätze und Erfahrungen:

Hier schilderten insbesondere Dagmar Pohl aus Dessau und Holger Lahne aus Salzwedel vielfältige Beispiele ihrer Arbeit mit außerschulischen Partnern und zeigten Wege auf, wie solche Möglichkeiten entwickelt und wie sie gepflegt werden:

- Einzelpersonen: von der/dem RentnerIn aus der Nachbarschaft, die/der mit SchülerInnen Schach spielt, von dem Vater, der einen PC- Kurs leitet
- Systematische Kooperation mit Jugendhilfe: z.B. durch einen Kooperationsvertrag zwischen Schule und Jugendamt wie in Dessau; oder in Salzwedel hält die AWO eine Beratungsstelle für MigrantInnen vor
- Zur Berufsorientierung wird ein Technikraum gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft und SchülerInnen genutzt
- Die Kooperation mit Sportvereinen wird fast flächendeckend angeboten, aber es gibt schon Beispiele, wo Sportunterricht mit der Nutzung von Vereinsangeboten verbunden wird und SchülerInnen damit mehr Wahlmöglichkeiten erhalten und ihr außerschulisches Sport – Treiben auch als formal anerkannt wird
- Beispiele für Kooperation mit Polizei und StreetworkerInnen, nicht nur bei Projekten, sondern in normalen Dienstberatungen in der Schule
- Kooperation zwischen mehreren Schulen mit Vereinen, z.B. bei Aktion Musik e.V. oder Zirkusprojekten
- Kooperation mit den Wohnungsbaugesellschaften – erschließt wahrhaftig neue (oder alte, bislang schlecht genutzte) Räume

Rahmenbedingungen:

Heiko Hübner, Kultusministerium Sachsen-Anhalt

Ganztagschulen sind aufgrund ihres Angebotes und zeitlichen Rahmens besonders geeignet, die allgemeinen und die schulformspezifischen Zielstellungen zu erreichen und sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen. Durch die Kooperation mit außerschulischen Partnern, die Einbeziehung außerschulischer Angebote und die Erschließung neuer Lernorte kann ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Lehr- und Lernkultur und der Qualität des Lernens geleistet werden. Insbesondere Ganztagschulen haben im Rahmen ihrer erweiterten Möglichkeiten vielfältige Gelegenheiten, Angebote von außerschulischen Kooperationspartnern zu integrieren.

Im Runderlass des Kultusministeriums vom 4. 4. 2007 ist u.a. nachzulesen:

„Die Arbeit in der öffentlichen Ganztagschule der Schulformen Sekundarschule, Gesamtschule und Gymnasium“ (SVBl. S.113)

werden Ganztagschulen aufgefordert:

- die Möglichkeiten der Kooperation mit außerschulischen Partnern zur qualitativen und quantitativen Erweiterung ihres Angebotsspektrums zu nutzen,
- aktiv mit außerschulischen Partnern in ihrer Region und im Gemeinwesen zusammenarbeiten und
- sich zum sozialen, kulturellen und betrieblichen Umfeld öffnen.

Schwierigkeiten und Probleme/Zentrale Herausforderungen:

- Mancherorts erhalten Schulen sehr gute, andere kaum Unterstützung durch die öffentliche Jugendhilfe. Der Wunsch nach systematischer Kooperation zwischen Schulen insbesondere mit öffentlichen Trägern der Jugendhilfe wurde deutlich betont.
- Kooperation zwischen Schule und Partnern braucht zunächst oben benannte Erkenntnis (individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen ist allein durch Schule/LehrerInnen nicht möglich) als Motiv zum Handeln.
- Sie braucht den Mut der Akteure, in den und außerhalb der Schulen aufeinander zuzugehen
- Es braucht Visionen – die können gemeinsam entwickelt werden und Kooperation braucht Zeit und auch in der Schule „anerkannte Arbeitszeit“

Fortbildungsmöglichkeiten für PädagogInnen und Partner:

„Gemeinsam Schule Gestalten“ (3 Fortbildungsmodule)

Inhalt:

- I. Kooperation gewinnbringend gestalten
- II. Projekte kooperativ entwickeln
- III. Methoden der Projektarbeit / Finanzierung von Schulprojekten

Träger: Freiwilligenagentur Halle/Saalkreis und Landesverwaltungsamt
Kultusministerium und Serviceagentur Ganztägig lernen
Siehe www.freiwilligenagentur.de

„Schule ist Partner-- Ganztagschule und Kooperation“ (4 Fortbildungsmodule)

Inhalt:

1. Lebenswelt- und Umfeldanalyse
2. Fundraising
3. Projektmanagement
4. Reflexion und Öffentlichkeitsarbeit

Träger: Kultusministerium und Serviceagentur Ganztägig lernen Sachsen-Anhalt
Siehe: www.sachsen-anhalt.ganztaegig-lernen.de

Zum Abschluss des Workshops einigten sich die TeilnehmerInnen auf folgende gemeinsame These:

Die Ganztagschule bietet mehr Zeit für Lernen und Freizeit.

Sie braucht im eigenen und lokalen Umfeld professionelle Offenheit und Befähigung zur Kooperation, um ihr eigentliches Anliegen, Kinder und Jugendliche individuell fördern zu können, auch wirklich gerecht zu werden.

Bilderbogen



Workshop: 3 Umsetzung von Kooperationen unter Nutzung von vorhandenen Ressourcen und Strukturen! (Ilona Oesterhaus)

Moderation:

Ilona Oesterhaus (Ministerium für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt)

Input:

Angelika Achatzi (Jugendamt der Landeshauptstadt Magdeburg)

TeilnehmerInnen:

An diesem Workshop nahmen mehr als 30 Personen teil. Die Bandbreite der TeilnehmerInnen reichte von Lehrkräften und SchulleiterInnen über MitarbeiterInnen von Jugendämtern und Jugendeinrichtungen bis zu Jugendverbandsvertretungen.

Ziel:

Zielstellung des Workshops war es, konkrete Kooperationsprojekte von Jugendhilfe und Schule vorzustellen und die jeweiligen unterstützenden aber auch bislang etwaig noch hemmenden Faktoren zu benennen.

Ablauf:

Eingeleitet und moderiert wurde dieser Workshop von Frau Oesterhaus, Referentin im Jugendreferat des Ministeriums für Gesundheit und Soziales. Impulsreferate wurden gehalten aus Sicht eines Jugendamtes, eines Stadtjugendpflegers und eines freien Trägers:

Frau Achatzi vom Jugendamt Magdeburg stellte die Projekte und Unterstützungsmaßnahmen der Landeshauptstadt im Bereich Kooperation Jugendhilfe – Schule vor:

So wurde u.a. im Rahmen des jugendpolitischen Programms zur beruflichen und sozialen Integration benachteiligter junger Menschen (BIB) eine entsprechende Kooperationsvereinbarung inkl. Arbeitsplan von der Landeshauptstadt initiiert. Als Partner konnten die Agentur für Arbeit, das Jobcenter der ARGE Magdeburg, Schulen und freie Träger aus dem Bereich der Jugendhilfe gewonnen werden. Als ein Schwerpunkt wird u.a. die Unterstützung der schulischen Ausbildung gesehen: In der Landeshauptstadt sind 10 Schulsozialarbeitsstellen geschaffen worden und Projekte gegen Schulverweigerung werden unterstützt.

Als Stadtjugendpfleger der Stadt Quedlinburg stellte Herr Buchholz die Situation aus städtischer Perspektive vor: In Quedlinburg existieren keine Kooperationsvereinbarungen zwischen Jugendhilfe und Schule. Es existiert i.d.R. eine Gehstruktur der Jugendhilfe zur Schule. Auf punktuelle Nachfragen der Schulen werden Projekte an den Schulen durch Jugendhilfeträger umgesetzt. Eine strukturelle Verankerung über Einzelprojekte hinaus existiert noch nicht, aber u.a. werden von Lehrkräften Workshops zu „sozialem Lernen“ nachgefragt.

Geplant sind Gespräche mit Schulleitungen, um die Bedarfe bzgl. Kooperationsprojekte zwischen Jugendhilfe und Schule zu eruieren. Zielstellung müsse dabei sein, eine gleichberechtigte Ebene der Kooperation zwischen den beiden Institutionen zu erreichen.

Frau Zinke vom Verein Rückenwind Schönebeck e.V. stellte die Arbeit des Vereins im Bereich Kooperation Jugendhilfe und Schule vor. Wichtig seien dabei immer die intensive und frühzeitige Einbeziehung der Schulen sowie des örtlichen Jugendamtes schon bei Projektentwicklung. Kooperation bedeute dabei, die eigenen Möglichkeiten erweitern, auf Menschen mit anderen

Wahrnehmungen und Fähigkeiten treffen, Verantwortung abgeben und teilen, andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als ExpertInnen zu sehen.
Am Beispiel des Projektes „Navigator“ (Soziale Arbeit in Schule und Werkstatt) des Vereins wurde dieser Ansatz konkret vorgestellt.

In der sich anschließenden Diskussion wurden u.a. die Schwierigkeiten aus schulischer Sicht benannt, konkrete intensive Kooperationsprojekte mit der Jugendhilfe umzusetzen (u.a. erhöhter Arbeitszeitaufwand ohne Ausgleich). Strukturelle Rahmenbedingungen auf Erlass- und Schulgesetzesebene schränken aus Sicht der Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer die Kooperationsmöglichkeiten z. T. ein. Schlussendlich käme es aber grundsätzlich auf die Bereitschaft und die Ausnutzung von persönlichen Handlungsspielräumen jedes und jeder Einzelnen an, sinnvolle und notwendige Kooperationsprojekte in den Schulen zu ermöglichen und umzusetzen.

Bilderbogen



Ilona Oesterhaus,
Ministerium für Gesundheit und
Soziales Sachsen-Anhalt



Angelika Achatzi
Jugendamt Magdeburg

Workshop: 4 Kooperationsprojekte erfolgreich gestalten! (Lysan Escher)

Moderatorin:

Lysan Escher, Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.

Input:

Stephan Trautwein, Evangelische Familienbildungsstätte „Villa Jühling“ e.V.
Rüdiger Engels, abgeordneter Lehrer am LISA Halle (Service Learning und Projekt „Lebenswelt“)

Ablauf:

Zu Beginn des Workshops wurden die TeilnehmerInnen des Workshops gebeten, sich kurz vorzustellen: Mit ihrem Namen, der Einrichtung bzw. Schule, aus der sie kommen, ihren bisherigen Erfahrungen zum Thema Kooperation Jugendhilfe und Schule und ihrem Interesse am Workshop. Dabei wurde bereits deutlich, dass die jeweiligen Erfahrungen der TeilnehmerInnen mit Kooperationen von Schulen und Jugendhilfeträgern sehr unterschiedlich sind. Neben positiven Erfahrungen wurde auch von misslungenen bzw. nicht zustande gekommenen Kooperationen berichtet. Die Erwartungen an den Workshop waren entsprechend weit gefächert: von „mal hören, was es so für Projekte gibt“ über „Tipps, wie Kooperationen erfolgreich gestaltet werden können“ bis zu „wo bekomme ich denn Informationen, wenn wir an unserer Schule einE SozialarbeiterIn brauchen“.

Im Anschluss an die Vorstellungsrunde und Erwartungsabfrage stellten Stephan Trautwein und Rüdiger Engels ihre Projektbeispiele vor, die für viel Diskussionsstoff sorgten.

1. Das Projekt „Wellenreiter“ – Ein Kooperationsprojekt der „Villa Jühling“ und des Landschaftsplanungsbüros „bankert & menn“:

Das Projekt „Wellenreiter“ arbeitet mit Jugendlichen im Berufsvorbereitenden Jahr (BVJ) und versucht, Jugendliche bei ihrem Schritt in die Arbeitswelt zu unterstützen. Dabei können zwar keine Wellen (Ausbildungsplätze) produziert werden, aber in Praxiseinheiten werden die sozialen Kompetenzen der Jugendlichen trainiert und verbessert, reale Arbeitserfahrungen realisiert und so die Motivation und Qualifikation für das „Aufsteigen auf eine Welle“ (Ausbildungsplatzsuche) erhöht.

Das Konzept sieht die Begleitung einer Klasse des Berufsvorbereitenden Jahres über ein Schuljahr vor. Diese Zeitspanne ermöglicht einen ganzheitlichen Ansatz in der pädagogischen Arbeit und ein Stück „Biographiebegleitung.“ Das heißt, einzelne Methoden und Einheiten werden nach Bedarf und unter Mitwirkung der Jugendlichen zu einer umfassenden Praxisreihe. Dabei werden nicht nur die kommunikativen Fähigkeiten angesprochen, sondern die praktische Auseinandersetzung mit Arbeitsanforderungen steht im Mittelpunkt des Arbeitsansatzes. Die aus dieser praktischen Arbeit resultierenden Erfahrungen sind die Grundlage für Selbstreflexion und die Arbeit an tragfähigen Lebensentwürfen.

Ziel des Projektes:

- Die Jugendlichen können über ihren Lebensentwurf sprechen, sie haben klare Vorstellungen von ihrer Zukunft und wissen, wie sie ihre Ziele erreichen können.
- Die Jugendlichen werden in ihren sozialen Kompetenzen wie Selbstreflexion, Selbstmotivation und Problemlösungskompetenz gestärkt.
- Die Jugendlichen werden auf ihre Bewerbungssituation vorbereitet.
- Die Jugendlichen machen praktische Arbeitserfahrungen.

- Die Jugendlichen können am Ende des Projektes eindeutig ihre Stärken und ihre Schwächen benennen (Prä- und Posttest).

Zielgruppe:

Die Zielgruppe für dieses Projekt sind Jugendliche, die das Berufsvorbereitende Jahr (BVJ) besuchen. In der Regel haben die Jugendlichen keinen Schulabschluss bzw. nur einen schlechten Hauptschulabschluss. Sie sind zwischen 14 und 16 Jahre alt. Die soziale Herkunft der Jugendlichen ist oft geprägt durch Heimaufenthalte, Devianz und Drogenmissbrauch. Oft zählen sie zu den ModernitätsverliererInnen in dieser Gesellschaft.

Das BVJ wird überwiegend von Jungen besucht, Mädchen sind fast immer in der Minderzahl.

Unsere Erfahrungen zeigen, dass das Hinterfragen von stereotypen Rollenzuschreibungen einen wichtigen Platz im Konzept einnehmen muss.

Kooperationspartner:

Diese Arbeit zu leisten, kann nur durch erfahrene Partner erfolgen. Bei der Realisierung von Arbeitswelterfahrungen können wir auf einen langjährigen Kooperationspartner zurückgreifen. Das Landschaftsplanungsbüro „bankert & menn“ hat mit uns an einer Reihe von Projekten mitgewirkt, auch schon mit einer BVJ-Klasse. Das Büro ist für die technische Realisation der Baumaßnahmen sowie die Koordination der Arbeitsabläufe zuständig.

Innerhalb seiner Projektvorstellung stellte Stephan Trautwein die seiner Meinung nach „5 wichtigen G's der Kooperation“ vor, über die längere Zeit diskutiert wurde bzw. von den TeilnehmerInnen eigene Erfahrungen dazu beigesteuert wurden:

Die 5 wichtigsten G's der Kooperation:

- ein **g**emeinsames Ziel
- ein **g**emeinsames Wollen
- eine **g**ute Chemie
- eine **g**egenseitige Akzeptanz
- ein **g**egenseitiger Austausch

2. Das Projekt „Lebenswelt – Junge Menschen lernen soziales Engagement“ am Christian-Wolff-Gymnasium in Halle-Neustadt:

„Lebenswelt“ ist ein Projekt, bei dem SchülerInnen über ein halbes Jahr in ihrer Freizeit einmal pro Woche für zwei Stunden in einer sozialen oder soziokulturellen Einrichtung tätig werden. Einzeln oder in kleinen Gruppen kommen sie dabei in direkten Kontakt mit Menschen, die in der Regel nicht zu ihrer Lebenswelt gehören: Menschen mit Behinderungen etwa, Wohnungslose, MigrantInnen oder alte Menschen. In den beteiligten Einrichtungen werden den Jugendlichen Betätigungsfelder geboten, in denen sie ihre Fähigkeiten ausbauen und eigene Ideen einbringen können.

Ziel des Projekts:

Ziel des Projekts „Lebenswelt“ ist es, Jugendlichen einen betreuten Zugang zu sozialem Engagement zu eröffnen und sie zum aktiven Handeln für sich selbst und für andere anzuregen. Im direkten Kontakt mit „Menschen, die anders sind“ entwickeln die SchülerInnen einen verantwortungsvollen, sozialen und toleranten Umgang mit diesem Personenkreis. Auf diese Weise will das Projekt „Lebenswelt“ gemeinsam mit Schulen und sozialen Organisationen in der Stadt Halle zur Stärkung einer demokratischen Kultur beitragen und junge Menschen zur längerfristigen Übernahme sozialen Engagements anregen.

Projekttablauf:

- ca. 20 – 25 TeilnehmerInnen aus den Klasse 9 – 13, Prinzip der Freiwilligkeit → 2 Vorbereitungsworkshops (themenorientiert) zu Beginn des Schuljahres im Abstand von ca. 14 Tagen
- SchülerInnen besuchen Einrichtungen einmal pro Woche für 2 Stunden (außerhalb der Unterrichtszeit) für ein Schulhalbjahr
- Begleitworkshop nach ca. 6 Wochen („Probezeit“)
- Curriculare Anbindung des erworbenen Wissens und der Erfahrungen und stetige Betreuung bzw. Kontakt zwischen Lehrkräften und SchülerInnen
- Auswertungsworkshop mit allen Beteiligten (SchülerInnen, Einrichtungen, LehrerInnen)
- Abschlussfest mit allen Beteiligten: Teilnehmende, interessierte Schülerschaft, Eltern, VertreterInnen der Einrichtungen, LehrerInnen, Presse ...
- Anerkennung, Zertifikate → zur Schülerakte

Kooperationspartner:

Das Projekt am Christian-Wolff-Gymnasium wird in Kooperation mit der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. durchgeführt.

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie von:

Nicole Niemann
Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
Leipziger Str. 37
06108 Halle (Saale)
Tel: (0345) 470 13 55
Fax: (0345) 470 13 56
E-Mail: nicole.niemann@freiwilligen-agentur.de

Weiterer Diskussionsverlauf und Workshopresultate:

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass beide Partner grundsätzlich Interesse an einer intensiven Zusammenarbeit haben. Doch wurden auch auf beiden Seiten vielfältige Probleme genannt, die eine Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe immer noch schwierig machen.

So wurden Probleme mit Rahmenbedingungen auf beiden Seiten angesprochen. Da ging es zum Beispiel um finanzielle Fragen, strukturelle Bedingungen in der Schule, die für gemeinsame Aktivitäten hinderlich sein können, ebenso wie Bedingungen, unter denen Jugendarbeit agiert, wie z.B. 3-Landkreis-Regelung in der Jugendbildung. Wichtig war allen Beteiligten, dass die Lebensweltorientierung der Projekte immer eine große Rolle spielen sollte und die jeweiligen Projekte an die Spezifik der Schule und ihrer SchülerInnen angepasst sein muss und keine „Standardseminare“ durchgeführt werden können.

Genauso wichtig schien allen, dass solche Prozesse der Zusammenarbeit kontinuierlich, längerfristig und verlässlich angelegt sein müssen. Abschließend lässt sich resümieren, dass auf dem Weg zu einer für alle Seiten gewinnbringenden Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule noch viel Beziehungsarbeit geleistet werden muss, aber auch schon viel geleistet wurde.

Bilderbogen



7. Abschlusstalk

Moderation: Marga Wiese und Maren Franke

Am Ende der Fachtagung wurden noch einmal die Ergebnisse aus den Workshops vorgestellt, die in der vorliegenden Dokumentation im sechsten Kapitel aufgeführt sind.

Bilderbogen

